

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

1/2015

Spendenempfehlung: 2,00 €

Ausgabe Januar-Februar 2015

Redaktionsnotiz

KKE	7
<i>Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE: Über einige Fragen der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung.....</i>	7
<i>Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE: Der Diskurs soll mit Argumenten und nicht mit Verleumdungen durchgeführt werden</i>	18
<i>ZK der KKE: Erklärung zur Haltung der Partei im Europäischen Parlament.....</i>	29

<i>Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE: Die provokatorische Rolle der Website "kommunisten.de" gegen die KKE...</i>	33
<i>Exekutivrat der PAME: Lauter Ruf tausender Demonstranten bei der PAME-Großkundgebung in Athen:</i>	
„Wir werden nicht mit euren Brotkrümeln leben!“	34
DDR	36
<i>Horst Schneider: Bodo Ramelow und Joachim Gauck verordnen:</i>	
Die DDR war ein „Unrechtsstaat“	36
Ziegenhals	48
<i>Vostand des Freundeskreises "Ernst-Thälmann-Gedenkstätte" e.V.:</i>	
Neues zum Ringen um Ziegenhals.....	48
Nochmals zu Ingo Wagner	51
<i>Günther Schulze: Prof. Ingo Wagner, was will er eigentlich?</i>	51

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

In diesem ersten Heft des Jahres 2015 wollen wir uns schwerpunktmäßig mit der Kommunistischen Partei Griechenlands, der KKE, befassen. Die Entscheidung für diesen Schwerpunkt fiel uns nicht schwer, - sie wurde uns von den Verhältnissen und der aktuellen Berichterstattung linker Medien über Griechenland förmlich aufgezungen.

Dass die KKE in den bürgerlichen Medien ignoriert wird, soll uns nicht weiter wundern, das ist deren Klassenauftrag. Sie unterschlagen ja nicht nur die Existenz und die Aktivitäten kommunistischer Parteien, sondern auch Streiks, ja sogar Generalstreiks (wie in der jüngsten Vergangenheit in Italien, in Griechenland oder in Portugal), sie unterschlagen Protestdemonstrationen gegen die drohende Kriegsgefahr, gegen den Sozialabbau, gegen die Sparpolitik, die den Staaten im Auftrag des Internationalen Währungsfonds aufgezwungen wird usw. Aber wie gesagt, das verwundert nicht, denn dazu sind sie da.

Verwunderlicher ist das Verhalten linker und sogar kommunistischer Medien in der BRD. Immerhin bringt die „UZ“ vom 9.1.15 ein Interview mit Giorgios Marinos, Mitglied des ZK der KKE. Zuvor hatte sie sich aber durchaus ausführlich und auch freundlich mit der Partei „Syriza“ beschäftigt, der so genannten „Koalition der radikalen Linken“, an der nichts radikal und kaum etwas links ist. Die „junge Welt“ brachte es fertig, nach der Ansetzung der Neuwahlen in Griechenland tagelang zum Thema zu berichten, ohne die KKE auch nur einmal zu erwähnen. Stattdessen gab es Jubelartikel zu Syriza wie z.B. von Hansgeorg Hermann am 30.12., der tatsächlich schrieb: *„Mit einem Regierungswechsel ist zu rechnen, und nicht nur mit dem. Denn sollte die Syriza gewinnen, die „Koalition der radikalen Linken“, die „Vereinte Soziale Front“, wie die Partei des 40 Jahre alten Alexis Tsipras sich definiert und genannt hat, dann könnte es sogar ein Machtwechsel werden.“* (junge Welt, 30.12.14, S.8) Genauso der Artikel von Heike Schrader am 6.1.15, der unter dem Titel *„Bruch mit der Barbarei“*¹ (junge Welt, 6.1.15, S.3) nichts anderes ist als reine Wahlpropaganda für Syriza. Zur

¹ Einen zusätzlichen, bitteren Beigeschmack bekommen diese Jubelarien auf Syriza, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die bürgerliche Presse in diesem Punkt über die realistischere Einschätzung verfügt: *„EU hat keine Angst vor Syriza“* titelt beispielsweise das „Westfahlen-Blatt“ am 6.1., dem gleichen Tag, an dem die „junge Welt“ vom „Bruch mit der Barbarei“ faselt, und schreibt: *„Hinter den Kulissen wird bei der EU gewarnt, den möglichen griechischen Wahlsieger Tsipras zu verteuflern. Auch er werde Kompromisse machen und in einer Koalition regieren müssen.“*

Ehrenrettung der „jungen Welt“ sei gesagt, dass auf der gleichen Zeitungsseite weiter unten eine Kurz-Zusammenfassung einer Stellungnahme der KKE abgedruckt wurde – das war das erste Mal seit der Ansetzung der Neuwahlen in Griechenland, dass die „junge Welt“ über die KKE berichtete.

Warum die KKE hierzulande von den linken Medien so wenig Aufmerksamkeit bekommt, liegt auf der Hand: sie hat aus ihrer aktuellen Politik und aus ihrer Sicht auf die Geschichte Opportunismus und Revisionismus eliminiert, sie macht keine faulen Kompromisse, sie ist stark, sie ist in der Arbeiterklasse verankert, die hat mit der PAME eine einflussreiche kommunistische Gewerkschaft, mit der KNE einen großen Jugend- und mit der EFEE eine Studentenorganisation, die regelmäßig bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten bei 15 % liegt, sie betreibt den Radiosender 90,2 und den Fernsehkanal 902 – und ist damit sowohl inhaltlich als auch organisatorisch das Schreckensbild für all diejenigen, die sich als „Linke“ in diesem System auf bequemen Parlamentssitzen einrichten wollen, die die „Europäische Linkspartei“ (ELP) hofieren und die Illusion verbreiten, mit der Präsenz in den Parlamenten der bürgerlichen Staaten und den Gremien internationaler Institutionen sei die Möglichkeit gegeben, den Weg für den Sozialismus zu öffnen.

Wir bringen in diesem Heft mehrere grundsätzliche Dokumente der KKE aus dem vergangenen Jahr, um die Informationslücken zu füllen, die unsere linken Medien hinterlassen. Die Dokumente sind relativ umfangreich und machen den größten Teil dieses Heftes aus.

In der Perspektive der nächsten Monate wird es mit großer Sicherheit weitere solcher Themen geben, bei denen Verwirrung, mehr aber noch revisionistische Einseitigkeit und Scheuklappen eine an der Realität ausgerichtete linke Medienarbeit verbiegen werden.

Eins dieser Themen wird der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, der 8. Mai 2015 sein. Ein guter Genosse prophezeite uns, dass es Diskussionen geben wird, unangenehme und aufweichende Diskussionen. Er begründete seine Vermutung mit der Tatsache, dass der 8. Mai sicherlich der Tag der Befreiung vom Faschismus ist, da der Sieg aber mit Stalin verbunden sei, uns wieder Diskussionen über den so genannten Stalinismus, über Gulags usw. ins Haus stehen würden. Wir werden also dagegen halten müssen.

Das zweite Thema wird Cuba sein. Wir werden uns, nicht um Cuba irgendwelche Ratschläge geben zu wollen – wie vermessen wäre denn das! – sondern um unsere eigenen theoretischen und historischen Einsichten zu schärfen, sowohl mit der marktwirtschaftlich-privatwirtschaftlichen Umgestaltung der cubanischen Ökonomie beschäftigen müssen wie auch mit der neuen politischen Situation bzgl. der Öffnung

der USA gegenüber Cuba. Zu der Frage, ob man so etwas überhaupt tun sollte oder gar tun dürfe, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Wir sind der Ansicht, dass alle sozialistischen Erfahrungen theoretisch durchdrungen und analysiert werden müssen. Nur so kann in der kommunistischen Bewegung das Rüstzeug dafür entstehen, eine solche Konterrevolution wie 1989/90 in Europa beim nächsten Anlauf zu vermeiden.

Zu beiden Themen werden wir nicht in diesem Heft, wohl aber im Verlauf des Jahres einige Anstrengungen unternehmen.

Zugleich wird uns die Entwicklung und die Ausrichtung des BRD-Imperialismus beschäftigen – und damit einhergehend natürlich der erstarkende Neofaschismus und vor allem die ständig steigende Kriegsgefahr, die ja beide Zwillingsbrüder des Imperialismus sind.

Also bleiben selbstverständlich Palästina, Syrien, die Ukraine und Russland Thema, hoffentlich flankiert von wachsendem anti-imperialistischem Widerstand.

Zugegeben, das sind alles nicht unbedingt angenehmen Themen, aber sie sind notwendig.

Parallel dazu werden wir weiterhin von der Entwicklung der kommunistischen Bewegung, von internationalen Aktivitäten und Konferenzen der Kommunisten/innen berichten und selbstverständlich wird auch die historische Forschung über die Geschichte des Sozialismus weiterhin ihren Platz finden. Es ist also reichlich zu tun.

Im Jahr 2014 haben wir 10 Hefte realisiert, um dieser Themenfülle Herr zu werden.

Das ging an unsere finanziellen Grenzen. Um all dem, was gerade aufgezählt wurde, gerecht zu werden, brauchen wir mehr Abonnenten/innen und mehr Spenden. Befreundete Genossen rieten uns, eventuell eine Leser/innen-Kampagne auszurufen zwecks Werbung für die offen-siv. Wir werden über diese Dinge noch genauer nachdenken müssen. Sicher ist aber, dass es so, wie es zur Zeit vom Abo-Stamm und von den Finanzen her aussieht, schwer wird, die publizistischen Herausforderungen der heutigen und morgigen Situationen bewältigen zu können.

Nun weiter zu diesem Heft: Wir wollen uns neben der KKE wieder einmal und sicherlich nicht zum letzten Mal mit der DDR beschäftigen. Der aktuelle Anlass ist die These vom „Unrechtsstaat“, die inzwischen ganz offiziell Eingang in die Linkspartei gefunden hat. In welchem Maße sich die Funktionäre dieser Partei den Herrschenden anbiedern, ist kaum noch zu ertragen.

Außerdem war ein faktenreicher Artikel von William B. Bland zu Lenins „Testament“ und dessen Vorgeschichte und Bedeutung geplant, den Gerhard Schnehen ins Deutsche übertragen hat. Nach Fertigstellung der Druckvorlagen hat uns Gerhard Schnehen die Genehmigung des Abdrucks seiner Übersetzung entzogen und uns dazu gezwungen, die Druckmaschinen anzuhalten und eine neue Fassung dieses ersten offen-siv-Heftes 2015 zu erstellen – ohne den besagten Artikel. Kurz zu den Gründen: Sie liegen in der Einschätzung der DDR. Gerhard Schnehen geht, ganz in der Tradition der alten ML-Parteien der BRD (wie KPD/AO, KPD/ML, MLPD, KBW u.a.), davon aus, dass sich in der Sowjetunion und in der DDR eine neue herrschende Klasse herausgebildet habe. Wörtlich in einer Mail an uns: „Die Protestbewegung in der DDR Ende der achtziger Jahre war der Protest gegen ein konterrevolutionäres, revisionistisches, halb-feudales, kapitalistisches, sozial angehauchtes System.“ Also keine Konterrevolution, sondern eine „Protestbewegung“ soll damals stattgefunden haben. Damit werden die Eppelmanns und Gaucks von widerlichen Figuren der Reaktion zu Freiheitskämpfern. Wir haben schon immer gewusst, dass diese These von der „neuen herrschenden Klasse“ in der DDR objektiv konterrevolutionär ist. Da wir selbstverständlich einen solchen Irrsinn nicht mittragen, arbeiten wir nach Schnehens Meinung „dem Revisionismus in die Hände“ und deshalb habe seine Übersetzung in einer „Zeitschrift, die sich nicht vom Revisionismus befreien kann und will“ keinen Platz. Wir haben versucht, ihn umzustimmen, denn der Artikel von Bland ist wirklich gut und aufschlussreich, er blieb aber hart: „Ich bestehe darauf, dass Blands Artikel aus dem Druck genommen wird“ und er schließt seine Mail mit einem drohenden: „Also überlege Dir, was Du tust.“ Da wir keine Urheberrechtsklage riskieren können, haben wir halt, wie oben schon gesagt, die Druckmaschinen angehalten und den Artikel herausgenommen. Wir werden ihn wegen seiner Qualität später, wahrscheinlich in der März-April-Ausgabe bringen, müssen ihn dafür aber zunächst selbst übersetzen. Es ist alles sehr kleinlich, ziemlich widerlich und bestätigt nur den Satz eines guten Genossen: „Lass Dich nicht mit der ML ein.“ Recht hat er gehabt. Soviel also zu dem Grund dafür, warum Ihr zum Jahresanfang ein so dünnes Heft in der Hand haltet.

Nun zu den Finanzen: Da die letzten Abrechnungen aus dem Jahr 2014 noch nicht vorliegen, werden wir Euch den Rechenschaftsbericht für das vergangene Jahr erst in der nächsten Ausgabe, dem Heft März-April, vorlegen können.

Ihr wisst, dass Zeitungsmachen Geld kostet. Wir brauchen Eure finanzielle Unterstützung. Bitte nehmt Euch des unten genannten Spendenkontos freundlich an.

2015 wird uns Kommunisten/innen noch mehr Kraft, noch mehr Durchhaltevermögen, noch mehr Widerstand, noch mehr Aktivität abverlangen als das vergangene Jahr. Es bleibt uns nichts, als diese Herausforderungen anzunehmen.

Also: gehen wir es an!

Red. offen-siv

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

KKE

Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE:
**Über einige Fragen der Einheit der internationalen
kommunistischen Bewegung**

Der Fakt, dass beim 15. Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in Lissabon 2013 keine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden konnte, hat den Diskurs über die Lage der internationalen kommunistischen Bewegung und die Frage ihrer Einheit intensiviert.

Im Zuge dieses Diskurses sehen wir, dass auch arg vereinfachende Stellungnahmen verbreitet werden, die sich mit den konkreten Kriterien unserer Weltanschauung, der historischen Erfahrung, der zeitgenössischen Entwicklung des Kapitalismus und der Notwendigkeit der Überwindung seines Hauptwiderspruches (Kapital - Arbeit) nicht beschäftigen. Eine solche Betrachtung würde eine selbstkritische Untersuchung von Richtlinien strategischer Bedeutung und das Hinterfragen, ob diese den heutigen Erfordernissen des Klassenkampfes, des Kampfes für den Sozialismus-Kommunismus entsprechen.

Der Versuch, kommunistische Parteien zu verleumden, die gegen den Kapitalismus kämpfen und die Notwendigkeit und Aktualität des Sozialismus hervorheben, ist ein Zeichen großer Schwäche. Umso mehr, wenn das 15. Internationale Treffen wahlweise verwendet wird, bei dem einige kommunistische Parteien die bankrotte Strategie der „linken Regierungen“ aufgedeckt haben, die Notwendigkeit des Kampfes für die revolutionäre Umwälzung aufgezeigt haben und Widerstand gegen den Versuch der Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung geleistet haben, die sich außerhalb der Prinzipien unserer Weltanschauung befand und sich gegen die politische und ideologische Selbstständigkeit vieler kommunistischen Parteien wandte.

Die Angelegenheit war und ist komplizierter als eine haarspalterische Einschätzung der Art „rechter - linker Opportunismus“, wie einige Genossen in anderen Ländern die Auseinandersetzung beim 15. Internationalen Treffen darzustellen versuchten. Sie

weigern, Schlussfolgerungen aus der Entwicklung der kommunistischen Bewegung zu ziehen. Der Opportunismus muss konkret und nicht mit „zentristischen“ verurteilenden Äußerungen entlarvt werden. Dabei sollten wir auch die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung berücksichtigen, als z.B. Lenin versuchte, seine Partei aufzubauen, auch den „Sumpf“ zwischen der revolutionären und der opportunistischen Strömung gab. Später (1921-1923) gab es die Zweieinhalbte Internationale, die nur pro forma ihre Beziehungen zur 2. Internationalen abgebrochen hatte und sich mit ihr später zur „Sozialistischen Arbeiterinternationalen“ vereinigt hat. Lenin hat dazu geschrieben: „Die Herrschaften aus der Zweieinhalbten Internationale, die sich Revolutionäre nennen möchten, erweisen sich in Wirklichkeit in jeder ernstesten Lage als Konterrevolutionäre, denn sie fürchten die gewaltsame Zerstörung des alten Staatsapparats, sie glauben nicht an die Kräfte der Arbeiterklasse“ (Lenin, Werke Bd. 33, S. 5-3).

Die Schritte der KKE bei der Ausarbeitung ihrer Strategie

Es ist bekannt, dass die kommunistische Bewegung auch vor dem Umsturz des Sozialismus in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern mit verschiedenen ideologischen Abweichungen konfrontiert war, wie z.B. den Strömungen des Trotzkismus, des Maoismus und des „Eurokommunismus“. Gegen diese ideologisch-politischen Strömungen kämpften in der einen oder anderen Weise die KPdSU und andere kommunistische und Arbeiterparteien. Das bedeutet aber nicht, dass auch diese Parteien, unter ihnen auch die KKE, keine Schwächen und ideologische Defizite hatten und keine Fehler begangen. Die KKE gehört zu den Parteien, die nach dem Umsturz des Sozialismus die Gründe der Niederlage systematisch erforscht hat. Sie hat sie mühevoll und bedacht ergründet, indem sie viele Parteidokumente aus jener Zeit untersucht hat.

Diese Ursachen des Umsturzes des Sozialismus hat sie, nach umfassender parteiinterner Arbeit, in den Beschluss des 18. Parteitages integriert, wonach die Ursachen in der ökonomischen Basis der sozialistischen Gesellschaft, in den Fehlern, die auf dieser Ebene (z.B. in der Wiederherstellung der Instrumente des „Marktes“ in der sozialistischen Ökonomie), aber auch im politischen Überbau bei der Rolle der Partei und der Sowjets (s. Beschlüsse des 20. und 22. Parteitages der KPdSU) zu finden sind. Unsere Partei hat ebenfalls keine wichtigen Probleme in der Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung ausgelassen, wie z.B. die falsche Logik der Zwischenstadien zum Sozialismus, die nirgendwo bestätigt wurde, die genauso falsche Ansicht über den „friedlichen Übergang“, der parlamentarische Illusionen verbreitet hat, in Zusammenhang mit der irrtümlichen Unterscheidung der Sozialdemokratie in

„rechte“ und „linke“ und der genauso irrtümlichen Unterteilung der Bourgeoisie in „nationale“ und „Kompradoren-Bourgeoisie“ u.a.

Ein gründlicher Diskurs ist erforderlich

Wir möchten einige wichtige Fragen als Beitrag zum grundlegenden Diskurs innerhalb der kommunistischen Bewegung eröffnen.

Erstens vertritt unsere Partei die Auffassung, dass der Charakter der Revolution in unserem, aber auch in jedem anderen Land, in dem sich der Kapitalismus zu seinem höchsten, dem monopolistischen, imperialistischen Stadium entwickelt hat, sozialistisch sein wird. Dies geht aus dem Charakter unserer Zeit, der Verschärfung des Hauptwiderspruches zwischen Kapital und Arbeit und der Notwendigkeit dessen Lösung, der heute unstrittigen Reife der materiellen Bedingungen für den Sozialismus, hervor.

Es ist selbstverständlich, dass es keine wissenschaftliche Basis dafür gibt, die erlaubt, diese Analyse als sektiererisch zu charakterisieren und diejenige als revolutionäre zu unterstützen, die die kommunistische Bewegung um Jahre zurück wirft, in dem sie grundlegende Kriterien unserer Weltanschauung unterschätzt und die falsche Auffassung „über Zwischenstadien“ unterstützt. Solche Analysen behaupten, dass die Strategie einer KP nicht von der Lösung des Hauptwiderspruchs unserer Epoche, sondern vom Kräfteverhältnis bestimmt wird.

Das Problem ist groß. Die Logik der Stadien rät objektiv und unabhängig von Absichten zur Suche nach Lösungen zu Gunsten des Volkes im Rahmen des Kapitalismus. Das wird begründet, dass das „Zwischenstadium“ zur Reifung des subjektiven Faktors beitragen und als Brücke zum Sozialismus fungieren wird, der oft als ein Ergebnis von parlamentarischen Vorgängen angesehen wird. Diese Herangehensweise hat sich nie und nirgends bestätigt und sie befindet sich in Widerspruch zu den Lehren aus der großen **sozialistischen** Oktoberrevolution von 1917. Das Schlimmste ist aber, dass die Logik der Stadien zur Suche nach Systemverwaltungslösungen z.B. „linken, fortschrittlichen oder patriotischen Regierungen“ führt, die (objektiv) die Interessen der Monopole verwalten werden, die weiterhin Eigentümer der Produktionsmittel bleiben und die politische Macht haben werden.

Diese Option fördert Illusionen, trägt nicht zur Vorbereitung der Arbeiterbewegung auf harte Klassenauseinandersetzungen bei, verurteilt sie dazu, immer verzögert zu

handeln, macht sie anfällig für bürgerliche Ideologie und Politik und verwickelt sie in parlamentarischen Illusionen.

Zweitens, indem unsere Partei betont, dass der Charakter der Revolution in Griechenland sozialistisch sein wird, entwickelt sie eine Bündnis- und Kampflinie, bei der der Schwerpunkt im Wiederaufbau der Arbeiterbewegung, in der Stärkung der Klassenorientierung und der Klasseneinheit der Arbeiterklasse liegt. Gleichzeitig arbeitet sie für den Aufbau des Volksbündnisses, des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse, den armen Bauern, den Kleingewerbetreibenden, den Frauen, der Jugend aus den Familien der Volksschichten. Dieses Bündnis drückt sich heute unter den gegebenen Bedingungen durch die Koordinierung der Aktionen der kämpferischen Zusammenschlüsse aus, wie z.B. PAME in der Arbeiterklasse, PASY bei den Bauern, PASEVE bei den Selbstständigen und Gewerbetreibenden in den Städten, die MAS bei den Studenten und die OGE bei den Frauen.

Das gesellschaftliche Volksbündnis hat eine antikapitalistische antimonopolistische Orientierung, es wird durch den Kampf um jedes Problem des Volkes wachsen, es wird sich neuen Bedingungen anpassen und vorbereiten, so dass es fähig wird, unter Bedingungen revolutionärer Situation eine Vorreiterrolle zu spielen, beim Volksaufstand für den Sturz der kapitalistischen Barbarei. Die revolutionäre Situation hat einen objektiven Charakter und jede Partei muss sich darauf vorbereiten.

In dieser Richtung spielen die KKE, die klassenbewusste Bewegung und das Volksbündnis eine Vorreiterrolle beim Kampf in Griechenland, sie mobilisieren hunderttausende von Arbeiterinnen und Arbeiter, Kräfte des Volkes, die gegen die Kräfte des Kapitals, dessen Parteien und Regierungen und die imperialistische EU kämpfen. Die Beispiele dieses Kampfes sind unzählig. Stellungnahmen, die versuchen den revolutionären Kampf zu diskreditieren und ihn als „Sektierertum“ zu verleumden, fügen der kommunistischen Bewegung Schaden zu. Sie versuchen die vorkämpferischen Massenaktivitäten der KKE, der PAME und anderer kämpferischer Zusammenschlüsse kleinzureden, die mit konkreten Zielstellungen für jegliches Problem des Volkes, gegen die Monopole und den Kapitalismus kämpfen.

Es ist deutlich, dass der Kampf für den Sozialismus nicht die ferne Zukunft betrifft und keine proklamative Angelegenheit ist.

Die Arbeitslosigkeit ist beispielsweise eine Geißel, die Millionen arbeitenden Menschen betrifft. Was sollen die Kommunisten dazu sagen? Können sie sagen, dass dieses Problem im Rahmen des Kapitalismus durch eine „linke Regierung“ gelöst

werden kann? Das hat keine Grundlage, da die Entstehungsbedingungen des Problems erhalten bleiben. Die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit und, allgemein, die Befriedigung der zeitgemäßen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Volksschichten benötigt die Lösung des zentralen Machtproblems, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Zentralplanung. Somit werden die Notwendigkeit und Aktualität des Sozialismus durch die Entwicklungen selbst auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Entwicklung des Kapitalismus hat zur Reife der materiellen Bedingungen für den Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaft geführt. Das ist unstrittig. Tatsache ist ebenfalls, dass sich keine revolutionäre Situation herausgebildet hat, dass sich die Entwicklung von einem Klassen- und politischen Bewusstsein in den Reihen der Arbeiterklasse verzögert, und dass die Folgen der Konterrevolution negativ sind. Demzufolge ist die Reifung des subjektiven Faktors eine wichtige Angelegenheit.

Mit welcher Linie, mit welchem Material kann die Reifung des subjektiven Faktors erreicht werden? Kann sie auf der Basis von Positionen für linke Regierungslösungen entstehen, die objektiv das System verwalten werden, die sich entweder integrieren oder pleite gehen? Kann sie durch unkonkrete Aussagen über „tiefe antimonopolistische Transformationen“ auf dem Boden des Kapitalismus entstehen?

Welche werden diese sein? Die Verstaatlichung von Betrieben oder die Erhöhung der Besteuerung der Kapitalerträge? Die Eingrenzung der „Zügellosigkeit“ des Kapitals, wie einige Parteien behaupten?

All das ist in der Vergangenheit ausprobiert worden und ist Aspekt der Verwaltung des Systems. Das Grundproblem wird ungelöst bleiben. Und das Grundproblem bleibt, welche soziale Klasse die politische Macht und die Produktionsmittel in ihren Händen hat.

Die Erfahrung der „linken Regierungen“ selbst bestätigt, dass die (linke) Verwaltung des Kapitalismus, auch wenn sie „revolutionäre Parolen“ anwendet, nicht nur die Frage der Eröffnung des Weges zum Sozialismus nicht beantworten kann, sondern vielmehr als Mittel der Einverleibung des Bewusstseins im Parlamentarismus fungiert, falsche Hoffnungen fördert und die Organisation der Arbeiterklasse, den Kampf in Richtung des In-Frage-Stellens des ausbeuterischen Systems und die Vorbereitung für den Sturz des Kapitalismus verzögern.

Auch ein positives Wahlergebnis einer KP ist keine Garantie für eine wesentliche Änderung des Kräfteverhältnisses, wenn sich z.B. Kräfte des Volkes unter Positionen

und Losungen bündeln, die eine „humane“ Verwaltung des Kapitalismus auf nationaler Ebene übernimmt und nicht das Thema des Sturzes des Systems und des Austritts aus den imperialistischen Vereinigungen (z.B. EU und NATO) auf die Tagesordnung setzt.

Das Beispiel Brasiliens, das in letzter Zeit wegen der WM aktuell war, ist typisch. In Brasilien verwaltet eine „linke Regierung“ die kapitalistische Herrschaft. Aus den Statistiken geht hervor, dass 10% der Reichen des Landes sich 42,5% des National Einkommens aneignen, etwa 40 mal mehr als das 10% der Ärmeren, während das reichste 5% ein höheres Einkommen haben, als die 50% der Ärmeren zusammen.

Trotz der „linken Regierung“ herrschen in Brasilien die Monopole. Die 10 größten Monopole des Landes haben einen Umsatz von etwa 25% des BNP. Diese Gruppen sind führend in der Verarbeitungsindustrie, bei der Rohstoffförderung, im Agrarhandel, im Handelssektor und bei den Dienstleistungen. Dies bedeutet, dass es keinen Zweig der brasilianischen Wirtschaft gibt, der nicht monopolistisch organisiert ist.

Gleichzeitig befinden sich die niedrigen Löhne der Werktätigen in offenem Widerspruch zum Wachstumsgrad Brasiliens, da die Unternehmer die höchsten Profite der Welt erzielen. Die sozialen Probleme verschärfen sich seit Jahren.

Was macht die KKE in Griechenland?

Die KKE versucht zur Vorbereitung des subjektiven Faktors (Partei, Arbeiterklasse, Bündnisse) für revolutionäre Bedingungen und die Verwirklichung seiner strategischen Aufgaben beizutragen.

Deswegen besteht sie auf der Aktualität und Notwendigkeit des Sozialismus, nicht als eine Floskel, sondern in dem sie die Fragen der Arbeitermacht verdeutlicht, z.B. die Vergesellschaftung und Zentralplanung, mit Beispielen aus wichtigen Wirtschaftszweigen. Sie besteht auf ihrer Position zum Wiederaufbau der Arbeiterbewegung und Stärkung ihrer Klassenorientierung, so dass sie sich nicht mit den Verhandlungen über die Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft begnügen, sondern damit sie zu jener Kraft wird, die für den Sturz der kapitalistischen Barbarei kämpft.

Sie kämpft für das gesellschaftliche Bündnis, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den armen Bauern und den kleinen Selbstständigen der Städte, damit der Kampf in anti-monopolistischer - antikapitalistischer Richtung erstarkt. Damit dieser Kampf einen

Entwicklungsweg erkämpft, dessen Maßstab die Bedürfnisse des Volkes und nicht die Profite ist.

Der Kampf der KKE gegen die EU findet nicht unter dem Aspekt utopischer Lösungen, nämlich, dass die Vereinigung der Monopole zu einer Vereinigung zum Wohle der Völker umgewandelt werden könne, statt. Sie begrenzt auch nicht die Auseinandersetzung bei den „Integrationsprozessen“ dieser imperialistischen Vereinigung, sondern verlangt den Austritt aus der EU und der NATO bei gleichzeitiger Erringung der Arbeiter- und Volksmacht und Vergesellschaftung der konzentrierten Produktionsmittel.

Das betrifft auch die Fragen der Souveränität und der Unabhängigkeit. Unsere Partei betrachtet diese Fragen aus Klassensicht, aus der Sicht des Wechsels der herrschenden Klasse und der Nutzung der Produktionsmöglichkeiten des Landes. Dies wird mit dem Ziel des Austritts verbunden, weil die Volksmacht sonst nicht gesichert werden kann, die Bourgeoisie würde herrschend bleiben, und es würden mehrere Abhängigkeitsstränge bestehen bleiben.

Die Tatsache, dass die KKE die Unterteilung der Sozialdemokratie in „gute“ und „böse“, wie auch der Bourgeoisie Griechenlands in „nationale“ und „auslandshörige“ aufgegeben hat, bedeutet nicht, dass die KKE die Differenzen zwischen den politischen Parteien in Griechenland nicht berücksichtigt, genauso wie auch die bestehenden Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie, aber auch zwischen den starken kapitalistischen Ländern und imperialistischen Vereinigungen. Im Gegenteil! Was wir aber aufgegeben haben, ist die Verwaltung des Kapitalismus in der einen oder anderen Form, eine Verwaltung, die mit der Logik der „linken-fortschrittlichen oder patriotischen Regierungen“ verbunden ist. Wir kämpfen offen, damit die Arbeiterklasse in unserem Land und auch international nicht unter „fremden Fahnen“ ihren Kampf führt.

Da kann jemand sagen: „Schön, das sind die Positionen der KKE für Griechenland. In unserem Land herrschen aber andere Bedingungen.“

Was ist die Hauptfrage?

Wir leben in der Epoche des monopolistischen Kapitalismus, des Imperialismus. Die Monopole sind mehr oder weniger das charakteristische Element der wirtschaftlichen Basis der kapitalistischen Staaten, die in allen oder vielen Wirtschaftszweigen herrschen und die Produktionsmittel besitzen.

Der bürgerliche Staat ist der „Kollektivkapitalist“, er ist der Staat und die Macht der Monopole.

Die Arbeiterklasse ist eine ausgebeutete Klasse.

Also jegliche „nationale Besonderheiten“ ändern nichts an dieser Situation, sie ändern nicht die wesentliche Regel, die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution, des Aufbaus des Sozialismus, damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft wird und die Bedingungen für die klassenlose Gesellschaft geschaffen werden.

Die KKE bezieht sich weder auf „Revolutionsmodelle“ noch auf eine mechanistische Übertragung der revolutionären Erfahrung. Sie analysiert die Schwierigkeiten und den komplexen Charakter des revolutionären Prozesses, aber die Fragen stellen sich anders dar:

Gelten die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus?

Wird die Arbeiterklasse die Macht erringen?

Wird sie zusammen mit ihren Bündnispartnern, unter komplexen Bedingungen und im Kampf gegen die Konterrevolution, für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kämpfen?

Wird die Arbeitermacht versuchen, die Zentralplanung anzuwenden?

Das sind die Fragen, über welche wir diskutieren müssen. Wir können sagen, dass die verurteilenden Äußerungen über „Sektierertum“ diesen Diskurs verhindern, Rückschlüsse und strategische Ausweglosigkeiten verbergen.

Über die Krise in der kommunistischen Bewegung

Die KKE hat ihre eigene Geschichte, die Probleme des Sozialismus und die Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung grundlegend studiert. Sie ist zu nützlichen Schlussfolgerungen über die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft gekommen und nimmt beim Kampf der Arbeiterklasse in Griechenland eine Vorreiterrolle ein. Ihre Positionen und ihre Erfahrung finden Ausdruck in den Parteidoku-

menten, in ihren öffentlichen Stellungnahmen bei internationalen Foren und werden von vielen kommunistischen Parteien anerkannt.

Andere kommunistische Parteien haben andere Wege verfolgt. Einige haben die „Nabelschnur“ zur Oktoberrevolution getrennt und haben unsere Weltanschauung (wie z.B. die KP der USA) und unsere Symbole (wie vor kurzem die Französische KP) aufgegeben. Einige von ihnen regieren in Koalitionsregierungen oder versuchen sich an einer solchen Regierung im Rahmen des Kapitalismus zusammen mit sozialdemokratischen Kräften, zu beteiligen. Sie beschönigen die imperialistische EU und kämpfen für deren „Verbesserung“. Sie unterstützen imperialistische Interventionen wie z.B. in Libyen und der Zentralafrikanischen Republik (wie es die Parteien der ELP und der GUE getan haben). Diese Parteien haben „ihren Rubikon überschritten“, im Sinne, dass sie verbürgert wurden.

Manche kommunistischen Parteien haben nicht dafür gesorgt, die Entwicklungen der letzten 25 Jahren zu analysieren und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. So sehen wir, dass einige von ihnen nur immer dasselbe wiederholen, z.B. bezüglich der Ursachen des Umsturzes des Sozialismus in der UdSSR, dass die Positionen Gorbatschows aus dem Jahr 1985 über „Glasnost“ und „Demokratie“ schuld daran seien.

Wenn aber keine Schlussfolgerungen gezogen werden, gibt es auch keine Änderungen in der Strategie und der Taktik auf der Basis des dialektischen Materialismus. Diese kommunistischen Parteien unterstützen weiterhin „dogmatisch“ die Strategie der meisten kommunistischen Parteien der 60er und 70er Jahre, die alle falschen Auffassungen integrierten, die wir in diesem Beitrag erörtert haben. Das führt sie, trotz der „revolutionären Rhetorik“ und ihrem Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, zu einem Kampf für die Verbesserung des Kapitalismus durch die Logik seiner „Transformation“ und durch die verschiedenen Versionen von „linken-fortschrittlichen oder patriotischen Regierungen“ innerhalb des Kapitalismus.

Die Erstarkung des Opportunismus zeigt sich in der ideologisch-politischen und der organisatorischen Krise der internationalen kommunistischen Bewegung.

Es gibt sicherlich kommunistische Parteien, die die Entwicklungen unter sehr schwierigen Bedingungen ergründen, die Diskussion in der internationalen kommunistischen Bewegung verfolgen und Fortschritte bei der Ausarbeitung ihrer Strategie und Taktik machen, sowie beim Kampf für die Stärkung der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung in ihren Ländern und auch international.

Auf der Basis unserer Ausführungen kann die Einheit der kommunistischen Bewegung nicht mit problematischen Materialien geschaffen werden, mit Parteien, die den Titel „KP“ zwar beibehalten, aber dem Marxismus-Leninismus den Rücken gekehrt haben und bürgerliche Argumente für die Geschichte der kommunistischen Bewegung anwenden.

Die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung kann sich nur auf der Verteidigung des Marxismus-Leninismus und dem Kampf für den revolutionären Sturz des Kapitalismus und die sozialistische Revolution beruhen.

Trotz der historischen Unterschiede ist die Erfahrung gegen den Opportunismus der 2. Internationalen auch heute von Bedeutung. Heute sind die größtmögliche Konzentration von Kräften und die Konsequenz im Kampf gegen den Opportunismus erforderlich, der vielfältig von den imperialistischen Kräften, wie z.B. der EU, gefördert wird. Ein hervorragendes Beispiel ist die sogenannte „Europäische Linkspartei“ (ELP), die von der EU finanziert wird. Welche Einheit kann mit Parteien erreicht werden, die eine Führungsrolle in der ELP einnehmen und deren Entscheidungen schon getroffen haben? Auf welcher Basis und mit welchen Zielen?

Was soll z.B. eine Gemeinsame Erklärung über die Europawahlen mit dem „engen Kern“ der ELP bewirken? Die ELP ist ein Instrument, das innerhalb des EU-Rahmens für die „Europarteien“ geschaffen wurde. Sie arbeitet an der Schwächung der revolutionären kommunistischen Bewegung.

Wir vernachlässigen, dass diese Parteien intensiv bei der Europawahlkampagne von SYRIZA gegen die KKE beteiligt waren, auch wenn das nicht von unerheblicher Bedeutung ist. Wir beziehen uns auf ihre Entscheidungen, die den Opportunismus fördern, indem sie Illusionen bei den arbeitenden Menschen verbreiten und überhaupt nicht zur Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung beitragen.

Damit die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung stark und stabil ist, kann sie sich nicht einfach auf ein Minimum von Fragen stützen, bei denen es Einigkeit gibt. Erforderlich ist eine tiefere ideologische und politische Einheit der kommunistischen Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus und der Ausarbeitung einer zeitgemäßen revolutionären Strategie.

Die KKE hat den verschiedenen Formen des Meinungsaustausches und der Entwicklung gemeinsamer Aktionen große Verantwortung entgegen gebracht, z.B. die Internationalen Treffen der kommunistischen Parteien. Aus dieser Verantwortung heraus

hat sie sich schon in den ersten Jahren nach der Konterrevolution große Anstrengungen unternommen, die von vielen kommunistischen Parteien geschätzt wurden.

Die KKE sucht das gemeinsame Handeln bei verschiedenen Fragen auch mit kommunistischen Parteien, mit denen sie Differenzen hat. Das ist nichts Neues. Sie versucht auch, wichtige Aspekte der Entwicklung der Strategie der kommunistischen Bewegung zu studieren, bemüht sich um eine stabile Entwicklung des gemeinsamen Kampfes gegen die EU und unterstützt den Versuch der Initiative der 29 Kommunistischen und Arbeiterparteien.

Trotzdem steht die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung über all diesen Aspekten und stellt hohe Anforderungen. Es muss deutlich werden, dass „Einheit“ nicht das Überstülpen von Positionen durch gemeinsame Erklärungen bedeutet, wenn es ernste Differenzen bei Positionen von strategischer Bedeutung gibt, so wie es bei dem letzten Internationalen Treffen versucht wurde. Ein solcher Versuch traf auf den Widerstand der KKE und anderer kommunistischer Parteien, nicht weil die KKE die Rolle einer „führenden“ Partei oder eines „Führungszentrums“ anstrebt. Eine solche Behauptung ist nicht ernsthaft und hat keinen Bezug zur Realität. Der Widerstand der KKE und anderer Parteien gegen das Vorhaben einer gemeinsamen Erklärung hatte seine Ursache darin, dass sie Positionen beinhaltete, die konträr zu Positionen der KKE und weiterer kommunistischer Parteien sowie unserer Theorie standen. Auch der bloße Respekt gegenüber der Politik dieser kommunistischen Parteien sollte zu einer Verständigungslösung führen, so wie es die KKE schon einige Male in der Vergangenheit bei den Treffen in Athen praktiziert hatte, indem sie nicht auf die Herausgabe einer Gemeinsamen Erklärung bestand.

Vor dem 16. Internationalen Treffen der kommunistischen Parteien in Guayaquil in Ecuador ist es erforderlich, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, damit keine, für alle unangenehmen ähnlichen Situationen entstehen. Denn die Einheit kann nicht erzwungen werden, sie wird aufgebaut!

Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE, 04.07.2014

Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE: Der Diskurs soll mit Argumenten und nicht mit Verleumdungen durchgeführt werden

Es ist eine Tatsache, dass die internationalen Entwicklungen, aber auch die Entwicklungen in der kommunistischen und der Arbeiterbewegung vielschichtig sind; sie bedürfen der Erforschung, des Diskurses, des Erfahrungsaustausches und der Verwendung konkreter Fakten und wesentlicher Argumente, die sich im Rahmen der Prinzipien unserer Theorie bewegen.

Dies ist offensichtlich keine einfache Sache, weil in der Praxis deutlich wird, dass statt Argumente Aphorismen und Vereinfachungen benutzt werden. Sie werden benutzt, damit falsche Auffassungen oder opportunistische Abweichungen bei Fragen von strategischer Bedeutung verschleiert werden.

Am übelsten sind die unbegründeten Angriffe und Verurteilungen ohne Argumente, die in letzter Zeit im Gange sind, weil manche der Meinung sind, dass sie die KKE im Internet angreifen können. Sie verbreiten Verleumdungen über „Sektierertum“, wie z.B. in letzter Zeit bei einer Veröffentlichung auf einer schweizerischen Website.

Es ist von Bedeutung, dass die KKE seit 96 Jahren eine Vorreiterrolle beim Klassenkampf in Griechenland spielt und sie im Jahre 2018 ein Jahrhundert seit ihrer Gründung feiern wird. Sie ist durch Feuer gegangen. Die griechischen Kommunisten sind durch langjährige Verfolgung, Verhaftungen, Exil, Hinrichtungen, langjährige Illegalität kampferprobt. Sie standen an vorderster Front beim Kampf unseres Volkes gegen faschistische Diktaturen, beim bewaffneten Widerstandskampf 1941-1944 und beim Bürgerkrieg 1946-1949. Mit dieser Erfahrung kämpfen sie heute bei den Arbeiter- und Volkskämpfen.

Es ist von Bedeutung, dass die KKE, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, zur internationalen kommunistischen Bewegung beigetragen hat. Sie war die Partei, die dazu beigetragen hat, dass nach der Konterrevolution und dem Umsturz des Sozialismus in der UdSSR und den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas die internationalen Treffen in Athen begonnen haben und zielgerichtete Versuche für den Wiederaufbau der kommunistischen Bewegung unternommen wurden.

Es ist von Bedeutung, dass sie eine offene, konsequente Front gegen den Opportunismus hält und dass sie versucht, dass die Auseinandersetzung auf der Basis von Prinzipien stattfindet, dass Dialog und Handeln gegen das „opportunistische trojanische Pferd“ entwickelt werden, das für die Unterwanderung der kommunistischen Parteien und deren sozialdemokratische Transformation arbeitet.

Das Wichtigste aber ist, dass die KKE aus der historischen Entwicklung und der Entwicklung der kommunistischen Bewegung Lehren zieht. Sie nutzt diese Erfahrung und dieses Wissen, damit sie die marxistisch-leninistische Weltanschauung in der Praxis besser anwendet, ihre Strategie und Taktik den zeitgemäßen Bedürfnissen des Klassenkampfes anpasst und ihre Kräfte dem Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse zur Verfügung stellt. Sie versucht so stärker und effektiver im Kampf für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus zu werden.

Dieses stört den vielgestaltigen Opportunismus, der die KKE auf verschiedenen Wegen, versteckt oder offensichtlich, zu verunglimpfen versucht. Er reproduziert ständig die Positionen des Klassengegners über Dogmatismus, in dem er das revolutionäre Handeln der Partei angreift. Dabei attackiert er den unerschütterlichen Kampf der KKE gegen die Bourgeoisie und die imperialistischen Vereinigungen, die Appelle der Partei, dass unser Volk und andere Völker sich nicht unter fremde Fahnen stellen.

In diesem Artikel werden wir uns mit einigen Seiten der Anti-KKE-Artikel befassen, die versuchen das angebliche „Sektierertum“ der KKE zu untermauern:

1. mit dem Beschluss des ZK unserer Partei, dass die Europaabgeordneten der KKE sich keiner Fraktion im Europaparlament anschließen
2. mit den Einschätzungen unserer Partei zur zeitgenössischen Weltpolitik und der Entstehung von neuen starken kapitalistischen Kräften in der internationalen imperialistischen „Pyramide“ und
3. mit der Position Griechenlands darin.

1.

Durch den ZK-Beschluss sind die Europaparlamentsabgeordneten der KKE aus der GUE/NGL ausgetreten und keiner anderen politischen Gruppierung beigetreten. Dies erfolgte aufgrund folgender Einschätzung:

Der konföderale Charakter der GUE/NGL hat sich in der Praxis abgewandelt: die ELP-Parteien treten nämlich als Gruppe geschlossen mit gemeinsamer Linie auf, sie sprechen in den Ausschüssen und in den Plenartagungen auf der Basis einer gemeinsamen Plattform und legen die politischen Standpunkte der ELP als Positionen der GUE/NGL dar. Die Situation verschlechtert sich indem die EU im Rahmen ihrer weiteren reaktionären Entwicklung dem Wirken der Europäischen Parteien den Vorrang gewährt, die eine weitere Stärkung der Kommission und ihrer krakenartigen Apparate gewährleisten.

Gegen die KKE werden Angriffe ausgelöst und es wird versucht, ihre Positionen zu verfälschen oder totzuschweigen.

Es werden „gemeinsame Positionen“ zu wichtigen Fragen der EU-Politik und zu den internationalen Entwicklungen kommuniziert, trotz den Einwänden der Gruppe der KKE-Europaabgeordneten, die in vielen Fällen ebenfalls totgeschwiegen werden.

Die Kooperation der GUE/NGL mit den Fraktionen der Sozialisten und der Grünen zur Bildung eines angeblichen „linken Blocks“ wird methodisch angestrebt, was durch die Stellungnahmen des Kandidaten der ELP für den Kommissionsvorsitz, Al. Tsipras, bestätigt wird. Im Europäischen Parlament wurden gemeinsame Entschlüsse für sehr wichtige Fragen mitunterzeichnet, unter Beteiligung sogar der Europäischen Volkspartei und der Liberalen (z.B. Gemeinsame Entschliebung zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020).

Politische Kräfte in der GUE/NGL, wie Die Linke aus Deutschland, beteiligen sich an der antikommunistischen Kampagne der EU, an der Verfälschung der historischen Wahrheit, an der unhistorischen Gleichsetzung des Kommunismus mit dem Faschismus, an der Verleumdung des sozialistischen Aufbaus und der Errungenschaften der Arbeiterklasse.

In all diesen Jahren widersetzte sich die Gruppe der KKE-Europaabgeordneten dieser gefährlichen Entwicklung. Sie kämpfte gegen die inakzeptable Haltung von Parteien

und Abgeordneten der GUE/NGL, die den Krieg in Libyen, die Intervention der EU in die Zentralafrikanische Republik, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens oder die Zersetzungskampagne gegen Kuba unterstützten, oder die Intervention der EU in der Ukraine nicht verurteilten. Die KKE-Abgeordneten kämpften gegen die Position der ELP, dass es angeblich eine Krisenverwaltung zugunsten des Volkes geben kann, während die Monopole an der Macht bleiben.

Sie setzten sich mit Standpunkten auseinander, die den imperialistischen Charakter der EU beschönigen und behaupten, dass diese Vereinigung der Monopole zu einer Vereinigung zum Wohle der Völker werden kann. Trotz den Anstrengungen der KKE wird GUE/NGL als Werkzeug der ELP benutzt. Als Ergebnis all dessen entsteht eine äußerst negative Situation, und die Fortsetzung unserer Beteiligung an der GUE/NGL erschwert sich objektiv.

Der Verbleib der KKE in einer Fraktion, in der diese Kräfte herrschen, würde zu einer Bremse für die ideologische, politische und organisatorische Eigenständigkeit der Partei im EU-Parlament, bei der Förderung der Strategie zugunsten der Arbeiterklasse und der Volksschichten in unserem Land und in Europa, beim Wiederaufbau der kommunistischen Bewegung in Europa.

Gleichzeitig würde die Fortsetzung der Beteiligung der KKE an der GUE/NGL als ein „linkes Alibi“ zur Durchsetzung der opportunistischen und sozialdemokratischen Politik von Parteien genutzt, die zugunsten der EU wirken und die kapitalistische Barbarei hinnehmen.

Was macht also die KKE?

Sie analysiert die konkrete Situation und entscheidet unter dem Blickwinkel der Verteidigung der Arbeiter- und Volksinteressen, die nach unserer Analyse nicht im Rahmen der von der ELP dominierten GUE vertreten werden können.

Was tun diejenigen, die sich hinter den Verunglimpfungen über „Sektierertum“ verstecken?

Sie verschließen die Augen vor der konkret entstandenen Realität und verbreiten falsche Erwartungen, nämlich, dass es möglich sei, Volksinteressen durch die Zusammenarbeit mit Parteien zu verteidigen, die erklärte sozialdemokratische Ziele haben, wie z.B. SYRIZA oder Die Linke, aber auch mutierte Parteien, die den kom-

unistischen Titel noch tragen. Diese Einheit unter falschem Namen begünstigt den Opportunismus und die Sozialdemokratie.

Was tut die KKE?

Sie deckt die wirkliche imperialistische Natur der EU als Vereinigung der Monopole auf, sie kämpft und ruft das Volk auf, mit diesem Bündnis zu brechen, die Verhältnisse zu ändern und den Kampf für die Arbeiter- und Volksmacht zu verstärken, damit sich der Weg für die sozialistische Entwicklung öffnet, eine Entwicklung, die die Bedürfnisse des Volkes und nicht die Profite zum Kriterium hat, außerhalb der EU und der NATO.

Was tun diejenigen, die sich hinter der Verunglimpfung über „Sektierertum“ verbergen?

Sie ordnen sich der EU unter, sie befinden sich innerhalb der „Mauer“ des Systems, indem sie verschiedene „links-fortschrittliche“ Regierungslösungen propagieren. Sie fördern die Illusion, dass diese Vereinigung der Monopole von Beginn an als eine Vereinigung zum Wohle der Völker errichtet werden kann.

Was macht die KKE außerdem noch?

Sie beteiligt sich an den internationalen Treffen der kommunistischen Parteien und legt ihre Positionen dar. Sie unterstützt die gemeinsame Aktion und besteht gleichzeitig auf der Erringung eines höheren Niveaus bei der Koordination des Kampfes der kommunistischen Parteien gegen die imperialistische EU und die kapitalistische Ausbeutung durch die Beteiligung von 29 kommunistischen und Arbeiterparteien in Europa an der INITIATIVE.

Was tun die Verleumder?

Sie versuchen diesen wichtigen Versuch zu unterminieren und kommunistische Parteien anzugreifen, die unter schwierigen Bedingungen gegen die Bourgeoisie und das ausbeuterische System kämpfen.

Die Kommunistinnen und Kommunisten könnten daraus ihre Schlüsse ziehen.

Und noch etwas zum konkreten Thema: Einige antikommunistischen Verleumder, wie z.B. Herr Tobias Klausen von den Rotgrünen Dänemarks, haben behauptet: „Die KKE hat ganz auf ihren Einfluss im Europaparlament verzichtet. Sie landete in einem Rest von Europaabgeordneten, mit denen keiner zusammenarbeiten will, unter anderem mit Abgeordneten der Chrysi Avgi. Die KKE wird in der Zukunft nicht mehr die Möglichkeit haben, den Gesetzgebungsprozess zu verfolgen, zu intervenieren und zur Sache zu sprechen“.

Diese Verleumdung des dänischen „Linken“ stimmt mit der EU-Linie überein, die versucht unter dem Titel „Totalitarismus“ den Faschismus und den Kommunismus einzugruppieren. Diese Verleumdung zeigt unter anderem auf, welche schmutzigen Mittel die Opportunisten anwenden. Deswegen dürfte derjenige Herr, der als „zuständig für EU-Fragen“ fungiert, wissen:

Die Europaabgeordneten der KKE treten keiner politischen Gruppierung bei und fördern als Funktionäre der Partei ohne jegliche Bindung die Politik der Partei. Jeglicher Bezug auf die Chrysi Avgi ist unerhört und unterschätzt die Intelligenz auch derjenigen, die die Gesamtheit der Politik der KKE nicht kennen aber den Kampf gegen die Faschisten kennen.

Was die Frage betrifft, ob die KKE nach dem Austritt aus der GUE/NGL **die Möglichkeit zu Reden und Interventionen** haben wird, möchten wir alle informieren, dass die Europaabgeordneten der KKE in Zukunft nicht mehr und nicht weniger Mittel und Möglichkeiten haben werden, um den reaktionären Charakter der EU und die volksfeindlichen Maßnahmen aufzudecken und zum Wiederaufbau der Bewegung in Griechenland und Europa beizutragen.

Die KKE und ihre Europaabgeordneten hatten sowieso nicht die Absicht, die EU und den Kapitalismus durch die Parlamente zu „korrigieren“, wie es die Parteien der ELP beabsichtigen. Sie befinden sich im Europaparlament aus konkreten Gründen:

A. ...damit die KKE sich ein **klares Bild** über die volksfeindlichen Maßnahmen, die in diesem imperialistischen Zentrum beschlossen werden, verschaffen kann.

B. ...damit sie zur zeitnahen Vorbereitung der Partei, der klassenbewussten Arbeiterbewegung und der anderen antimonopolistischen antikapitalistischen Zusammenschlüssen **beitragen**, und den Kampf der arbeitenden Menschen gegen die volksfeindlichen Maßnahmen der EU und der bürgerlichen Regierungen organisieren kann.

C. ...damit die KKE **ein eigenes Podium zur Verbreitung ihrer Positionen** unter den Werktätigen hat, damit sie über die Gründe der kapitalistischen Krise aufklärt, den volksfeindlichen Charakter der EU aufdeckt, sich mit bürgerlichen und opportunistischen Auffassungen auseinandersetzt u.a.

Die KKE wird diese Anstrengungen fortführen, genauso wie vorher, indem sie die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien in Europa stärkt. Die Praxis wird alle Antikommunisten mit einer „linken“ Maske Lügen strafen.

2.

Die leninistische Position, dass der Imperialismus das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus ist, ist das Fundament der klassenmäßigen Analyse der ökonomischen Basis in jedem kapitalistischen Staat und seiner Stellung im imperialistischen System.

Es gibt aber eine wichtige Frage bei der Haltung vieler Parteien gegenüber diesem kritischen Thema.

Uns interessieren nicht die Beschimpfungen mancher im Internet gegen die KKE. Uns interessiert, dass während über die leninistische Theorie des Imperialismus gesprochen wird, diese in der Praxis von einer Karikatur ersetzt wird, eine Karikatur, bei der der „Imperialismus“ auf die USA und deren aggressive Außenpolitik beschränkt wird.

Es handelt sich um eine Tragödie, weil durch diese Analyse die Realität vergewaltigt wird und desorientierende Positionen verbreitet werden.

Beispielsweise:

Mit dem konterrevolutionären Umsturz der Sowjetunion wurde der Kapitalismus wieder aufgerichtet. Daran gibt es keinen Zweifel. Bei der ökonomischen Basis Russlands herrschen die Monopole, die großen Unternehmensgruppen, wie z.B. Gazprom, Rosneft, Loukoil, Rusal, VTB Bank usw. In Russland herrschen ausbeuterische Produktionsverhältnisse.

Genau diese Situation verwaltet die russische Präsidentschaft und die Regierung, mit dem Ziel, die Interessen der russischen Monopole zu vertreten, die sich in Konkurrenz aber auch in Zusammenarbeit mit den Monopolen der USA, der EU, Chinas usw. befinden, um die Märkte, die Rohstoffquellen und die Transportleitungen zu beherrschen.

Es gibt historische Momente, bei denen sich die Außenpolitik Russlands z.B. gegen die Aggression der USA in Syrien positioniert. Dies ist aber kein Kriterium, um zu beurteilen, ob es sich um eine antiimperialistische Macht handelt, vor der sich die Völker und die kommunistischen Parteien verneigen sollen.

Das beweisen auch die Entwicklungen in der Ukraine, in Verbindung mit der Intervention der USA und der EU und dem Antagonismus zu Russland, mit dem „Dilemma“, ob die Ukraine in die EU oder in die Zollvereinigung Russlands mit Weißrussland und Kasachstan geführt wird.

Die Haltung Russlands und Putins erfolgt von der Warte der Interessen der russischen Monopole aus und nicht der der Völker.

Auch die USA passen fallweise ihre Außenpolitik an. Sie ergreifen z.B. Initiative und üben Druck zur Lösung des zyprischen aber auch des palästinensischen Problems aus. Ihr Interesse ist mit der Förderung der Interessen der amerikanischen Monopole in der Mittelmeerregion verbunden, damit sie die Kohlenwasserstoffe kontrollieren und nutzen und damit sie den Plänen und Zielen ihrer Konkurrenten in der Region begegnen.

Diese einfachen Wahrheiten sind sehr nützlich, um Unklarheiten zu beseitigen und das Klassenkriterium zu verdeutlichen, das durch einige Stellungnahmen im Internet malträtiert wird.

Was muss gründlich untersucht werden?

Durch die tiefe Überakkumulationskrise 2008-2009, die in einigen kapitalistischen Ökonomien nicht wesentlich überwunden wurde, ist die Tendenz zu wichtigen Änderungen im Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Ländern unter dem Einfluss des Gesetzes der ungleichmäßigen kapitalistischen Entwicklung deutlicher geworden. Diese Tendenz betrifft auch die obersten Stufen der imperialistischen Pyramide.

Die USA bleiben die stärkste Wirtschaftsmacht, aber mit deutlicher Minderung ihres Anteils beim Weltbruttoprodukt. Bis 2008 befand sich die gesamte Eurozone an zweiter Position des internationalen kapitalistischen Marktes; diese Position hat sie durch die Krise verloren.

Schon ist China zur zweiten Wirtschaftsmacht aufgestiegen, das Bündnis BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) ist unter den internationalen kapitalistischen Vereinigungen stärker geworden, genauso der IWF und die G-20. Die Veränderung im Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Ländern zieht auch Veränderungen bei den Bündnissen untereinander nach sich, weil sich die innerimperialistischen Gegensätze über die Kontrolle und die Neuverteilung von Gebieten und Märkten, Einflusszonen, und insbesondere Rohstoff- und Energiequellen sowie Warentransportwege verschärfen.

Die Außenpolitik der BRICS-Staaten hebt sich von derjenigen der USA (gemäß dem historischen Moment) ab, weil diese Länder einen anderen Ausgangspunkt und andere Zielstellungen haben. Aber auch diese Außenpolitik dient den Interessen und den Plänen der bürgerlichen Klassen und der Monopolgruppen. Dieses ist das wesentliche Element, das aus dem Weg dieser Länder deutlich wird.

Selbst der eifrigste Verteidiger dieser Länder kann nicht bezweifeln, dass an deren ökonomischen Basis Monopole herrschen, dass deren Profite das Kriterium für deren Entwicklung sind und, dass ihr charakteristisches Merkmal die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital ist. Der Ausbeutungsgrad ist sehr hoch.

3.

Niemals haben wir behauptet, dass der Kapitalismus in Ländern wie Griechenland, Portugal und in anderen Ländern, die eine mittlere Position im imperialistischen System inne haben, dasselbe Niveau der Kapitalakkumulation und -konzentration, wie im Kapitalismus der USA oder starken kapitalistischen Staaten der EU erreicht haben.

Es ist bekannt, dass das System sich nicht gleichmäßig entwickelt, aber eins seiner charakteristischen Elemente ist die ungleichmäßige Entwicklung, die im Kapitalismus ein absolutes Gebot ist.

Aber die wesentliche Sache ist, dass die Akkumulation und die Konzentration des Kapitals schon seit vielen Jahren zur Entstehung und Entwicklung der Monopole geführt haben, die den Kern des Kapitalismus im imperialistischen Stadium bilden. Diese Erkenntnis steht außer Frage, denn sie wird von den Wirtschaftskennzahlen selbst belegt.

Genau diese Entwicklung bildet die Grundlage der Analyse der KKE bei der Entwicklung ihrer Strategie und der daraus resultierenden Taktik.

Das vom 19. Parteitag verabschiedete Parteiprogramm unterstreicht folgende Themen:

Anfänglich zog die Bourgeoisie Griechenlands Nutzen aus dem konterrevolutionären Umsturz in den Balkanländern und ihren Beitritt in die EU. Sie erreichte eine wichtige Kapitalakkumulation und einen starken Kapitalexport durch direkte Investitionen, die zur Stärkung der griechischen Unternehmen und Monopole beigetragen haben.

Die Kapitalexporte haben sich nach der Türkei, Ägypten, der Ukraine, China aber auch nach Großbritannien, den USA und anderen Ländern ausgeweitet. Die griechische Bourgeoisie beteiligte sich aktiv an allen imperialistischen Interventionen und Kriegen in Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan, in Libyen und anderswo.

Im Jahrzehnt vor dem Ausbruch der Krise erreichte die griechische Wirtschaft ein höheres Niveau BNP-Anstiegs im Vergleich zur EU und zur Eurozone, ohne dass sich ihre Position darin wesentlich verändert hatte. Trotzdem wurde ihre Position im Balkan aufgewertet.

Nach dem Ausbruch der Krise hat sich die Position der griechischen kapitalistischen Wirtschaft innerhalb der Eurozone, der EU und allgemein, der internationalen imperialistischen Pyramide verschlechtert. Diese Tatsache hebt nicht die Realität auf, dass der Beitritt Griechenlands in die EWG-EU den dynamischeren Teilen des inländischen Monopolkapitals genutzt hat und zur Stärkung ihrer politischen Macht beigetragen hat.

Die Beteiligung Griechenlands an der NATO und die ökonomischen, politischen und militärischen Abhängigkeiten von der EU und den USA begrenzen die Fähigkeit der Bourgeoisie Griechenlands zu selbständigem Handeln, weil alle Bündnisbeziehungen des Kapitals von der Konkurrenz, der Ungleichmäßigkeit und die vorteilhafte Position

des Stärkeren beherrscht werden; sie werden zu Beziehungen der ungleichberechtigten gegenseitigen Abhängigkeit.

In den letzten 20 Jahren haben sich die schon reifen materiellen Bedingungen für den Sozialismus in Griechenland weiterentwickelt. Die kapitalistischen Verhältnisse bei der Agrarproduktion, der Bildung, dem Gesundheitswesen, der Kultur, dem Sport und den Massenmedien haben sich ausgeweitet und sind stärker geworden.

Es fand eine stärkere Konzentration von Lohnarbeit und Kapital in der Konstruktionsindustrie, dem Handel, in der Tourismusbranche statt. Durch die Abschaffung des staatlichen Monopols bei den Telekommunikationen und in den monopolisierten Sparten der Energie und des Transports entwickelten sich Unternehmen des Privatkapitals.

Die Lohnarbeit ist prozentual an der gesamten Beschäftigung erheblich gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der Selbstständigen stabil geblieben, weil ihre stellenweise Verringerung durch die Steigerung bei den Dienstleistungen ausgeglichen wurde.

Diese Entwicklung, die die weitere Reifung der materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus, darstellt, betrifft nicht nur Griechenland sondern die Gesamtheit der kapitalistischen Länder. Genau das bestätigt die Entwicklung des Monopolkapitalismus in den letzten Jahrzehnten.

In allen Bereichen des ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens wird der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und der privaten kapitalistischen Aneignung des größten Teils ihrer Ergebnisse wegen des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln deutlicher. Die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Eigentums, der Zentralplanung mit der Macht in Arbeiterhand kommt vorrangig zum Vorschein. Aus der Sicht der materiellen Bedingungen ist der Sozialismus notwendiger und aktueller denn je.

Auf der Grundlage dieser Analyse betont das KKE-Parteiprogramm, dass ihr strategisches Ziel die Erringung der revolutionären Arbeitermacht, der Diktatur des Proletariats ist, für den sozialistischen Aufbau als die unreife Stufe der kommunistischen Gesellschaft.

Die revolutionäre Umwälzung in Griechenland wird sozialistisch sein.

Das griechische Volk wird sich von den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung und der imperialistischen Vereinigung befreien, wenn die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten die sozialistische Revolution umsetzt und zum Aufbau des Sozialismus-Kommunismus voranschreitet.

Deswegen bestehen wir darauf, dass diejenigen, die sich verleumderisch gegenüber der KKE hervortun, sich mit unseren Positionen gründlich befassen sollen. Sie sollen auf der Grundlage der wirklichen Tatsachen sprechen und ihre Kritik mit Argumenten und nicht mit heißer Luft belegen. Schließlich sollen sie vermeiden, die Behauptungen der bürgerlichen Apologetik und des Opportunismus zu verwenden, mit denen in Griechenland unsere Partei angegriffen wird. Die KKE nimmt beim Klassenkampf eine Vorkämpferrolle ein, hat starke Kräfte in der Arbeiter- und Volksbewegung und konnte kürzlich, trotz den Schwierigkeiten, mehrere Hunderttausende Stimmen bei den Kommunal-, Regional- und Europawahlen gewinnen. Sie wählte Hunderte Stadträte, Regionalräte, vier Bürgermeister in wichtigen griechischen Kommunen, unter ihnen in der drittgrößten Stadt des Landes, sowie zwei Europaabgeordnete.

Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE, 23.06.2014

ZK der KKE: Erklärung zur Haltung der Partei im Europäischen Parlament

1.

Das Zentralkomitee der KKE befasste sich mit dem in den letzten Jahren zurückgelegten Kurs der Fraktion Vereinte Linke/Nordische Grüne Linke, sowie mit der Sachlage nach der Zusammensetzung des Europaparlaments nach den neuesten Wahlen. Das ZK beschloss, dass die KKE-Europaabgeordneten keiner Fraktion des Europäischen Parlaments beitreten werden. Das ZK weist auf die grundlegende Verpflichtung der KKE gegenüber dem griechischen Volk hin, nämlich die volksfeindlichen Pläne der EU zu enthüllen, und vor allem dazu beizutragen, dass der Kampf der Völker gegen die imperialistische EU gestärkt wird, um die Monopole zu vergesellschaften, damit die Völker sich aus der EU loslösen und ihre eigene Herrschaft erringen. Dieser Verpflichtung kann nicht nachgekommen werden, wenn die Europaabgeordneten der

KKE politischen Fraktionen angehören, deren Hauptlinie die Beschönigung und die Unterstützung der EU ist.

2.

Die KKE beteiligte sich bis vor kurzem an der Fraktion der Vereinten Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL). Die Beteiligung der Partei an dieser Fraktion seit 1994, unter unterschiedlichen Bedingungen als heute, ist durch die Notwendigkeit der Ermöglichung des politischen Eingreifens der KKE-Abgeordneten und durch die Nutzung einiger Möglichkeiten für die Koordinierung der Arbeit mit anderen kommunistischen Parteien zustande gekommen. Von Beginn an konstituierte sich die GUE/NGL auf einer konföderalen Basis, d.h. ohne gemeinsame ideologisch-politische Plattform oder programmatische Annäherungen, bei Einhaltung der ideologisch-politischen Eigenständigkeit jeder Partei und mit Absprachen über technische Fragen der Arbeit im Europaparlament. Während dieser 20 Jahre, verschärft nach der Gründung der Europäischen Linkspartei (ELP), ging innerhalb der GUE/NGL eine ständige Auseinandersetzung der KKE mit den Kräften der ELP vorstatten, die versucht hatten, ihre Positionen als Positionen der gesamten Fraktion durchzusetzen. Sie haben bei jeder Gelegenheit versucht, den konföderalen Charakter der Fraktion zu durchbrechen. Eine führende Rolle dabei spielten die ELP-Parteien, hauptsächlich Die Linke aus Deutschland und SYRIZA.

3.

Diese Situation verschlechterte sich zusehends in der letzten Zeit. Konkret sieht die Lage wie folgt aus:

Der konföderale Charakter der GUE/NGL hat sich in der Praxis abgewandelt: die ELP-Parteien treten nämlich als Gruppe geschlossen mit gemeinsamer Linie auf, sie sprechen in den Ausschüssen und in den Plenartagungen auf der Basis einer gemeinsamer Plattform und legen die politischen Standpunkte der ELP als Positionen der GUE/NGL dar. Die Situation verschlechtert sich indem die EU im Rahmen ihrer weiteren reaktionären Entwicklung dem Wirken der Europäischen Parteien den Vorrang gewährt, die eine weitere Stärkung der Kommission und ihrer krakenartigen Apparate gewährleisten.

Gegen die KKE werden Angriffe ausgelöst und es wird versucht, ihre Positionen zu verfälschen oder totzuschweigen.

Es werden „gemeinsame Positionen“ zu wichtigen Fragen der EU-Politik und zu den internationalen Entwicklungen kommuniziert, trotz den Einwänden der Gruppe der KKE-Europaabgeordneten, die in vielen Fällen ebenfalls totgeschwiegen werden.

Die Kooperation der GUE/NGL mit den Fraktionen der Sozialisten und der Grünen zur Bildung eines angeblichen „linken Blocks“ wird methodisch angestrebt, was durch die Stellungnahmen des Kandidaten der ELP für den Kommissionsvorsitz, Al. Tsipras, bestätigt wird. Im Europäischen Parlament wurden gemeinsame Entschlüsse für sehr wichtige Fragen mitunterzeichnet, unter Beteiligung sogar der Europäischen Volkspartei und der Liberalen (z.B. Gemeinsame Entschlüsse zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020).

Politische Kräfte in der GUE/NGL, wie Die Linke aus Deutschland, beteiligen sich an der antikommunistischen Kampagne der EU, an der Verfälschung der historischen Wahrheit, an der unhistorischen Gleichsetzung des Kommunismus mit dem Faschismus, an der Verleumdung des sozialistischen Aufbaus und der Errungenschaften der Arbeiterklasse.

4.

In all diesen Jahren widersetzte sich die Gruppe der KKE-Europaabgeordneten dieser gefährlichen Entwicklung. Sie kämpfte gegen die inakzeptable Haltung von Parteien und Abgeordneten der GUE/NGL, die den Krieg in Libyen, die Intervention der EU in die Zentralafrikanische Republik, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens oder die Zersetzungskampagne gegen Kuba unterstützten, oder die Intervention der EU in der Ukraine nicht verurteilten. Die KKE-Abgeordneten kämpften gegen die Position der ELP, dass es angeblich eine Krisenverwaltung zugunsten des Volkes geben kann, während die Monopole an der Macht bleiben. Sie setzten sich mit Standpunkten auseinander, die den imperialistischen Charakter der EU beschönigen und behaupten, dass diese Vereinigung der Monopole zu einer Vereinigung zum Wohle der Völker werden kann. Trotz den Anstrengungen der KKE wird GUE/NGL als Werkzeug der ELP benutzt. Als Ergebnis all dessen entsteht eine äußerst negative Situation, und die Fortsetzung unserer Beteiligung an der GUE/NGL erschwert sich objektiv. Der Verbleib der KKE in einer Fraktion, in der diese Kräfte herrschen, würde zu einer Bremse für die ideologische, politische und organisatorische Eigenständigkeit der Partei im EU-Parlament, bei der Förderung der Strategie zugunsten der Arbeiterklasse und der Volksschichten in unserem Land und in Europa, beim Wiederaufbau der kommunistischen Bewegung in Europa.

Gleichzeitig würde die Fortsetzung der Beteiligung der KKE an der GUE/NGL als ein „linkes Alibi“ zur Durchsetzung der opportunistischen und sozialdemokratischen Politik von Parteien genutzt, die zugunsten der EU wirken und die kapitalistische Barbarei hinnehmen.

5.

Weder der Nicht-Beitritt der KKE-Europaabgeordneten in eine bestimmte vorhandene politische Fraktion, noch die einengende Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments kann das politische Eingreifen der KKE verhindern. Die Europaabgeordneten der KKE werden, ohne jedwede Bindung eingehen zu müssen, ihren Kampf für die Interessen und die Rechte der Arbeiterklasse und der Volksschichten fortführen, gegen die EU und ihre Politik, gegen die kapitalistische Barbarei. Sie werden so das Recht auf eine eigenständige, effektivere ideologisch-politische Arbeit der KKE garantieren. Sie werden weiterhin den Charakter der EU, aber auch die unheilvolle Rolle der Parteien um die ELP entlarven, jener Parteien, die den Kampf gegen die EU und für den Sturz der Herrschaft des Kapitals in ihrem Land und darüber hinaus aufgegeben haben. Diese Kräfte haben mit ihrer Politik der Beschönigung der EU, mit ihrer promonopolistischen Haltung in der Bewegung, mit ihrer Beteiligung an volksfeindlichen Regierungen (Italien, Frankreich, Regionalregierungen in Deutschland und Spanien), nicht nur im Geringsten die Interessen des Volkes vorangetrieben, sondern führten die Arbeiter- und Volksbewegung in ihren Ländern zur Assimilation und zum Rückzug.

6.

Unermüdlich wird die KKE ihre Anstrengungen zum Wiederaufbau der kommunistischen Bewegung fortführen, zur Entwicklung bilateraler Beziehungen mit den im Europäischen Parlament vertretenen kommunistischen Parteien, mit Dutzenden kommunistischen Parteien in Europa und in der ganzen Welt. Sie wird kämpferisch bei den internationalen und regionalen Treffen präsent sein, sowie ihren Beitrag im Rahmen der INITIATIVE der 29 kommunistischen und Arbeiterparteien in Europa gegen die Europäische Union, ihre Parteien und ihre Politik, zur Entwicklung des gemeinsamen Handelns für die Interessen der Völker verstärken.

ZK der KKE, 03.06.2014

Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE: Die provokatorische Rolle der Website "kommunisten.de"² gegen die KKE

Die Website "kommunisten.de", die systematisch mit Artikeln und Kommentaren die KKE angreift, veröffentlichte kürzlich das Schreiben, das wir an die Parteien gerichtet haben, die sich an Solidnet beteiligen. Mit diesem Schreiben formulierte die KKE eine fundierte Kritik an den Inhalt des Entwurfs der Gemeinsamen Erklärung des Internationalen Treffens in Lissabon. Die genannte Website und die Verfasser des Anti-KKE-Artikels haben erneut in ihrem panischen Eifer, opportunistische Positionen und Positionen der Revision des Marxismus-Leninismus zu verteidigen, das Schreiben unserer Partei willkürlich und in verzerrender Art und Weise ins Deutsche übersetzt.

Sie entstellen den Inhalt indem sie schreiben, dass die KKE ihre Haltung damit begründet, dass „der Text des Erstentwurfs der Schlusserklärung Positionen beinhaltet, die den grundlegenden Positionen der KKE und schätzungsweise auch anderer kommunistischer Parteien diametral entgegenstehen.“ Im genannten Artikel werden 15 Punkte aufgelistet „bei denen sie (die KKE) Differenzen zur PCP und anderen Parteien sieht“. In unserem Schreiben, wenn man es ohne Entstellung und ohne den Subjektivismus dieser Website liest und übersetzt, steht hingegen: «Die KKE vertritt die Auffassung, dass der Entwurf der Gemeinsamen Erklärung solche Fragen nicht beinhalten darf, die den Grundprinzipien nicht entsprechen und noch dazu Verwirrung in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung stiften, und die von der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung selbst beantwortet wurden.»

Diese Entstellungspraxis bei der Website "kommunisten.de" tritt nicht zum ersten Mal zu Tage und offenbart, dass die Inspiratoren dieses inakzeptablen Angriffs bewusst zu den Lügen und Verzerrungen greifen, weil sie keine Argumente mehr vorbringen können. Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE, 19.11.2013

² „kommunisten.de“ ist eine Internet-Seite der DKP-Rechten, den Kreisen um Leo Mayer, Heinz Stehr, Bettina Jürgensen usw., gegründet als Wahlkampfplattform, dann privatisiert, also der politischen und organisatorisch-rechtlichen Kontrolle der Partei entzogen. Warum die DKP-Führung duldet, dass diese Internetseite sich weiterhin als „Diskussionsseite der DKP“ bezeichnen darf, wird ihr Geheimnis bleiben. Im Zusammenhang mit unserem Thema: selbstverständlich wurde auf kommunisten.de kräftig für eine Veranstaltung Mitte Januar in Berlin geworben, bei der ein Führungsmitglied von Syriza auftritt. Was auch sonst?

Exekutivsekretariat der PAME: Lauter Ruf tausender Demonstranten bei der PAME-Großkundgebung in Athen: „Wir werden nicht mit euren Brotkrümeln leben!“

Bei der großartigen Kundgebung haben tausende Menschen aus allen Ecken Griechenlands eine klare Botschaft des Kampfes und der Forderung nach einem Leben, das ihnen gehört, gesendet. Es war eine Botschaft der Entschlossenheit für eine andere Gesellschaft, bei der die Arbeiterklasse den Reichtum, den sie produziert, genießen wird.

An der von der PAME initiierten Großkundgebung auf dem Syntagmaplatz vor dem Parlament haben sich am 1. November durch Beschlüsse ihrer Versammlungen über 1.000 Organisationen der Arbeiter- und Volksbewegung (Arbeiterbranchengewerkschaften, Arbeiterregionalzentren, Arbeitergewerkschaften, Kampfkomitees, Bauernvereinigungen, Vereinigungen von Selbstständigen, Studenten- und Schülervereinigungen, Frauenverbände, Rentnervereinigungen, Volkskomitees u.a.) beteiligt.

In Athen sind tausende Menschen mit Reisebussen angereist, sowohl aus dem Festland, als auch aus Kreta, den Ägäischen und Ionischen Inseln. Die Demonstranten haben sich in 9 verschiedenen Treffpunkten der griechischen Hauptstadt versammelt. Von dort sind sie in Richtung Syntagmaplatz gelaufen, der sich zu klein für diese Menschenmassen erwies.

Das Exekutivsekretariat von PAME hat die über 100.000 Demonstranten willkommen geheißen, die als ein Menschenstrom auf den zentralen Straßen Athens bewegten.

Bei seiner Rede vor den Demonstranten hat **Giorgos Perros**, Mitglied des Exekutivsekretariats von PAME, das Thema der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund gestellt, und betonte: „Kein Arbeitsloser kann allein die Armut und die Arbeitslosigkeit bekämpfen“. Er hat die Werktätigen aufgerufen, dem Lohn- und dem Einkommensraub ein Ende zu setzen! Sie sollen wirkliche Erhöhungen bei den Löhnen und den Renten fordern.

Der Redner unterstrich: „Die Forderungen, die heute die Arbeiter- und Volksbewegung stellen soll, sollen offensiv sein, sie sollen die Verluste ersetzen und die heutigen Bedürfnisse befriedigen. Damit solche Forderungen eine Basis haben, müssen sie sich auf das In-Frage-Stellen der EU- Politik stützen, die Verpflichtungen und die Memoranden, sowie die Schulden, die nicht von uns stammen, ablehnen“.

Er betonte weiter, dass es „unsere Pflicht ist, Widerstand gegen den „Realismus“ der sogenannten Belastungsgrenzen der Wirtschaft, auf die sich die Vorschläge der Re-

gierung und der Opposition stützen, zu leisten. Diese Vorschläge passen unsere Forderungen an die Bedürfnisse des Kapitals an. Sie sagen uns, dass wenn es keine Bosse und keine Profite gibt, wir nicht leben können und wir zerstört werden. Deswegen sollten wir ihre Interessen und ihre Profite verteidigen. Wir sagen aber, wir können auch ohne Bosse leben. Wir sind die Produzenten des Reichtums und dieser Reichtum muss an uns zurückfließen“.

Nach dieser beeindruckenden Kundgebung beginnt unser Kampf für den Erfolg des **Generalstreiks am 27. November**³.

Die Kundgebung hat zwei Resolutionen verabschiedet, als Antwort auf die internationale Solidarität, die die Demonstranten von mehreren ausländischen Gewerkschaftsorganisationen erhalten haben. Die erste Resolution betraf unsere Klassensolidarität mit der Arbeiterklasse der Türkei nach dem neuen Verbrechen der Arbeitgeber im Bergwerk des Karaman-Bezirktes der Türkei. Die zweite Resolution fordert alle „Gewerkschaftsorganisationen, alle Organisationen der Volksbewegung, ihre Verurteilung der ungerechten Inhaftierung der 5 kubanischen Patrioten durch Resolutionen, Solidaritätsbekundungen und andere Initiativen auszudrücken. Wir sollen die Solidaritätsbewegung für ihre Freilassung stärken“.

Statement des Generalsekretärs des ZK der KKE

Der Generalsekretär des ZK der KKE **Dimitris Koutsoumbas** hat bei der Kundgebung auf dem Syntagmaplatz betont:

„Es gibt nur einen Weg, damit wir keine weiteren verlorenen Jahre erleben, damit wir dem Hohn, der Desorientierung, der volksfeindlichen Politik der Regierung und den verschiedenen Zwei-Parteien-Spielen begegnen: Die heutige großartige Kundgebung der PAME zeigt diesen Weg auf, er hat durch die Initiative von PAME im ganzen Land angefangen und wurde von mehr als 1.000 Organisationen der Werktätigen in der Privatwirtschaft und dem Öffentlichen Dienst, Selbstständigen aus den Städten, Bauern, Jugendlichen, Studenten und Frauen unterstützt. Das ist der Weg, das ist die Lösung. Widerstand, Kampf, Volksbündnis für feste Arbeit für alle, gegen den Raub durch die Steuern, damit wir die Verluste an Löhnen, Renten und Sozialrechten ausgleichen.

Der Weg, der sich durch die Initiative von PAME öffnet, muss auch in den nächsten Tagen bestritten werden. Es dürfen keine Illusionen mehr geben, es gibt keine neuen

³ Der Generalstreik am 27. November war auf 24 Stunden angelegt und legte den Athener Hafen, den Flughafen, den Nahverkehr, Banken, Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Unternehmen lahm.

Retter. Wir sollen den Rücken denjenigen kehren, die angeblich neue Regierungslösungen versprechen, neue „Heilskönige“, die uns zu einer neuen volksfeindlichen Politik führen werden. Wir verabreden uns erneut für den großen landesweiten Generalstreik am 27. November und für die großen Streikkundgebungen an diesem Tag. Wir organisieren unseren Kampf, jeder an seinem Posten, an jedem Arbeitsplatz, jeder Schule und jedem Wohnort, so dass wir den Weg zum Wohle des Volkes und des Landes eröffnen können“.

Exekutivsekretariat der PAME, 03.11.2014

DDR

Horst Schneider: Bodo Ramelow und Joachim Gauck verordnen: Die DDR war ein „Unrechtsstaat“

Anmerkungen zum Streit um den Begriff „Unrechtsstaat“ DDR

Der Streit um das Geschichtsbild über die DDR hat im November 2014 neue Tiefen erreicht. Der Präsident des Bundestages hatte zur Festsitzung am 9. November 2014 den Troubadour der Antikommunisten, Wolf Biermann, eingeladen. Einen besseren Künstler als diesen Renegaten scheint Lammert nicht zu kennen.

Zur gleichen Zeit wurde in Thüringen um einen Koalitionsvertrag gefeilscht, in dem die DDR als „Unrechtsstaat“ verteufelt wurde. Das Spezifische ist, dass Bodo Ramelow sich als Wortführer in der Verleumdungskampagne profilierte, in der es darum ging, ob sich die Linkspartei als „regierungsfähig“ erweist. Obwohl es schien, dass der Streit um die Wertung von Vergangenen ging, steht doch weit mehr auf dem Spiel. Zu prüfen ist, wohin eine Partei will, die sich politisch dem Diktat der bürgerlichen Ideologieproduzenten unterwirft und auf die revolutionären Erfahrungen der Vergangenheit verzichtet.

Hier wird versucht, an dem Streit unter verschiedenen Aspekten teilzunehmen.

Der „Unrechtsstaat“ DDR und der Linkspolitiker Bodo Ramelow

Bodo Ramelow entzündete den Streit um den „Unrechtsstaat“ DDR in der Linkspartei, als er die Aufnahme der Verteufelung der DDR im Koalitionsvertrag mit den Grünen und der SPD aktiv beförderte.

Der Text lautet: „Die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat... in der Konsequenz ein Unrechtsstaat... Wir verständigen uns darauf, nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten. Ebenso sollen Menschen, die leugnen, dass die DDR kein Rechtsstaat war, keine Verantwortung in der gemeinsamen Arbeit für Thüringen wahrnehmen.“

Das ist eine Einschränkung der Meinungsfreiheit, die Ausgrenzung Tausender Andersdenkender. Werden mit dieser Festlegung Grundrechte verletzt, wie jeder selbst feststellen kann, der das Grundgesetz kennt? Bodo Ramelow ist Vorreiter dieses Rechtsbruchs. Der Vorstoß verlangt zuerst Antwort auf die Frage:

Der „Unrechtsstaat“ DDR - wer hat das Recht, die DDR zu verteufeln?

Da Ramelow, Gauck, Merkel, Thierse und Co. Mitglieder von Kirchen sind und in guter Tradition das christliche Abendland verteidigen, dürfte wohl zunächst der Allmächtige der Christen in Frage kommen. Dessen Wort ist in der Heiligen Schrift nachlesbar. Zwar ist der biblische Gott manchmal zornig, aber die Feindesliebe bleibt sein Gebot.

Der Koran kommt als Wegweiser für das Urteil über die DDR bislang nicht in die Diskussion.

Bis jetzt sind Politiker Ankläger und Richter, in Bonn schon seit 1949.

Der „Unrechtsstaat“ DDR als Schreckgespenst im Dienste reaktionärer Politiker

Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten waren von der Gründung 1949 bis zur Einverleibung der DDR am 3. Oktober 1990 von der „Rechtsposition“ der BRD negativ beeinflusst. Die Bundesrepublik ging vom Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 aus. Wenn und weil in der Bonner Politik die DDR als Feind betrachtet wurde, der zu vernichten sei, wurde die Außenpolitik der BRD von der „Hallstein“-Doktrin bestimmt, bis veränderte internationale Bedingungen (atomarer Patt, Kennedys „peaceful change u.a.) zu Anpassungen zwangen. Friedliche Koexistenz und Entspannung waren Ende der sechziger Jahre angesagt. (1)

Als Willy Brandt Anfang der siebziger Jahre die bekannten „Ostverträge“ - und auch mit der DDR den Grundlagenvertrag - abschloss, klagte die bayrische Regierung unter F.J. Strauß den Kanzler wegen Hochverrats an. Das Bundesverfassungsgericht fasste in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 die Rechtslage Deutschlands zusammen.

Im Hinblick auf die völkerrechtliche Stellung der BRD und der DDR und die daraus folgenden Konsequenzen für die gegenseitigen Beziehungen prüfen wir hier nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die „Ostverträge“ Willy Brandts: „Im Grundlagenteil vom 31.7.1973 hat des BVerfG seine Feststellungen zur Rechtslage

Deutschland nochmals zusammengefasst, in der vielzitierten Formulierung: 'Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre - geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Artikel 16, Artikel 23, Artikel 116 und Artikel 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des BVerfG, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionaler Organe selbst nicht handlungsfähig.'

Die BRD betrachtet sich nicht als staatliche Neuschöpfung, sondern als identisch mit dem Dritten Reich und als dessen 'Rechtsnachfolger'.

In der Grundvertragsentscheidung von 1973 hat das Gericht dieses Thema abermals aufgegriffen und dahin präzisiert: *„Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht „Rechtsnachfolger“ des deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat „Deutsches Reich“- in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings „teilidentisch“, so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beanspruche. Die Bundesrepublik Deutschland umfasst also, was ihr Staatsvolk und ihr Staatsgebiet anlangt, nicht das ganze Deutschland, unbeschadet dessen, dass sie ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechtssubjekts „Deutschland“ (Deutsches Reich), zu dem die eigene Bevölkerung als untrennbarer Teil gehört, und ein einheitliches Staatsgebiet „Deutschland“ (Deutsches Reich), zu dem ihr eigenes Staatsgebiet als ebenfalls nicht abtrennbarer Teil gehören, anerkennt. Die ehemalige DDR wurde vom BVerfG weiterhin als fortbestehender Bestandteil des deutschen Gesamtstaates betrachtet. „Die Deutsche Demokratische Republik“ gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden.“*(2)

Diese Rechtskonstruktion bestimmte oder verhinderte viele Entwicklungen und Entscheidungen sowohl in Berlin wie in Bonn.

Dieses Urteil wurde gefällt, obwohl die DDR und die BRD am 18. September 1973 im gleichen Abstimmungsverfahren schon Mitglied der Vereinten Nationen geworden waren. (3) Diese Tatsache provoziert eine weitere Frage: Welche Stellung hatten beide deutsche Staaten in der UNO?

Der „Unrechtsstaat“ DDR in der UNO

Aus dem Urteil des BVerfG folgerten manche Politiker, dass die deutsche Frage weiterhin „offen“ sei, bis das Gebot der „Wiedervereinigung“ erfüllt sei. Die Politik der

Bonner Regierung widersprach dem Völkerrecht und den Prinzipien von Helsinki. Natürlich waren in die UNO nicht ein Rechtsstaat und ein Unrechtsstaat aufgenommen worden.

Das Völkerrecht kennt den Begriff „Unrechtsstaat“ nicht. Der Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wilhelm Bruns, der das Stimmverhalten der beiden deutschen Staaten jährlich bilanzierte, urteilte 1992 rückblickend:

„Zum letzten Mal relevant wurde die deutsche Frage bei der gemeinsamen Aufnahme der beiden deutschen Staaten in der Generalversammlung am 18.9.1973 und durch die gemeinsame Erklärung der vier Großmächte (USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich), die als Dokument des Sicherheitsrates am 18.06.1973 zirkulierte. Seit dem Tag der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO hatte die deutsche Frage in der Weltorganisation keine Rolle mehr gespielt. Das heißt, sie war weder Gegenstand von Debatten, noch war sie Tagesordnungspunkt. Sie war lediglich ein Thema zwischen den Repräsentanten beider deutscher Staaten, insbesondere im Plenum der Generalversammlung. Die beiden deutschen Außenminister hatten einmal jährlich in der sogenannten Generaldebatte der Generalversammlung ihren unterschiedlichen Standpunkt in der deutschen Frage weltweit notifiziert. Für die Bundesrepublik Deutschland galt der Satz des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt, der am 26.09.1973 vor der Generalversammlung erklärt hatte: „Wir sind nicht hierher gekommen, um die Vereinten Nationen als Klagemauer für die deutschen Probleme zu betrachten oder um Forderungen zu stellen, die hier ohnehin nicht erfüllt werden können“. (4)

An dieses Leitmotiv bundesdeutscher UNO-Politik hat sich auch die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl gehalten.

Genscher, der von 1974 bis 1989 die Gelegenheit gehabt hätte, die DDR vor der UNO anzuklagen, hat die Chance nicht ein einziges Mal genutzt.

An der Leichenfledderei an der toten DDR beteiligt er sich bis heute.

Da die DDR erklärt hatte, dass es eine offene deutsche Frage nicht gebe, sondern dass sie spätestens mit der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO erledigt sei, war nicht damit zu rechnen, dass sie die deutsche Frage vor ein Organ der UNO bringen würde. Somit ergibt sich: Die deutsche Frage war kein Thema für die Vereinten Nationen gewesen. Die Vereinten Nationen waren ungeeignet, die deutsche Frage in einem für die Bundesrepublik Deutschland befriedigendem Sinne zu behandeln. bzw. zu lösen. Nicht zuletzt deshalb, weil die deutsche Frage im Kontext der Vereinten Nationen unterhalb jener Schwelle lag, die eine mehrheitliche Kompetenz der Vereinten Nationen begründet und die Notwendigkeit einer Auffassung gerechtfertigt hätte. Diese Voraussetzung für das Tätigwerden der Weltorganisation, nämlich die Bedro-

hung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (Artikel 34 und 99 der UNO-Charta) durch die deutsche Frage, war nicht gegeben.

Im Hinblick auf das Völkerrecht darf noch auf einen Treppenwitz der Weltgeschichte hingewiesen werden. Als die DDR 1990 an den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen teilnahm und den Vertrag unterzeichnete, war sie offiziell in ihrer Sterbestunde souveräner gleichberechtigter Staat. Hat niemand von den fünf anderen die Vergangenheit des „Unrechtsstaates“ gekannt?

Von keinem Staat und zu keiner Zeit ist die DDR-Politik in der UNO und ihren Gremien kritisiert oder gar verurteilt worden.

Im System der europäischen Sicherheit, das im August 1975 entstand, gehörte die DDR mit ihrem Recht auf Souveränität und ihren unantastbaren Grenzen zu Garantien für Frieden und Sicherheit. Mit dem Erstarken der Kräfte, die das atomare Wettrüsten durch die Entspannung ablösen wollten, änderte sich auch der Ton gegenüber der DDR. Wir wählen einige Beispiele aus:

Der „Unrechtsstaat“ DDR im Urteil führender Politiker

Zweifellos wird die Kampagne um den Begriff „Unrechtsstaat“ von Politikern gesteuert und genährt. Klaus Kinkel, Joachim Gauck und Angela Merkel gehören zu den Einpeitschern der Kampagne. Indessen darf nicht übersehen werden, dass Politiker wie Willy Brandt, Prof. Dr. Rita Süßmuth und Richard von Weizsäcker Wortführer für besonnene Urteile und Schritte zur Versöhnung sind. Ich wähle Richard von Weizsäcker aus. Beim Staatsakt am 4. Oktober 1990 erklärte er: „Es wäre ebenso unsinnig wie unmenschlich, würden wir uns einbilden, dass wir zwischen Ost und West als misslungene und gelungene Existenzen aufeinandertreffen oder gar als Böse und Gute.“

Nach diesem Urteil wäre die Verketzerung der DDR unsinnig und unmenschlich. Am 20. Februar 1992 besuchte Richard von Weizsäcker Bautzen. Sein Eintrag ins Gästebuch der Stadt wurde im Bulletin der Bundesregierung als „Maßstab“ für die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte abgedruckt.

„Eine Aussprache des ganzen Volkes über die SED-Zeit und ihr Instrument, die Stasi, ist in vollem Gang. Die Akten sind durch Gesetz zugänglich gemacht. Die Medien wirken durch Information und Kritik. Die Menschen sind mitten in leidvollen und leidenschaftlichen Auseinandersetzungen begriffen. Das darf und das kann niemand verhindern. Umso dringlicher aber tun uns Maßstäbe not. Die Akten ernst zu nehmen, heißt, sie als das zu verstehen, was sie waren: Instrumente im Dienst des SED-Diktatur. Die Akten bringen immer die Sicht des Auftraggebers. Sie lügen darin nicht, sind aber einseitig und müssen bewertet werden. Sie sind keine objektive oder morali-

sche Instanz und keine unwiderlegbaren Verurteilungsbeweise. Die Menschen wollen Aufklärung, nicht Abrechnung. Die Wahrheit soll ans Licht, damit Aussöhnung und Frieden möglich werden. Das geht nur durch Differenzierung. Pauschalurteile führen nicht zu Einsicht, sondern zu Verstockung. Pressefreiheit ist und bleibt ein entscheidender Bestandteil unserer Freiheit. Als Verleumdungsfreiheit darf sie nicht missbraucht werden. Aus der leidvollen Geschichte der DDR ein Objekt für Mediengeschäfte mit gekauften Akten und reißerischer Verbreitung von Angst und Feindschaft zu machen, ist ein widerwärtiger Skandal. Es darf nicht sein, dass die einen verdienen und die anderen verzweifeln. Wir haben auch im Westen viel zu lernen. Verstrickung und schreckliche Untaten kommen ans Tageslicht. Es gilt, auf die Stimme der Opfer selbst zu hören. Dagegen haben wir uns im behüteten Westen nicht zu selbstgerechten Sprechern der Opfer aufzuwerfen. Wir sind nicht die Richter. Wir haben keinen Grund, uns über andere zu erheben. Die Deutschen in Ost und West unterscheiden sich nicht in ihrem Bestreben nach Anstand. Nur haben es die Deutschen in der alten DDR ganz unvergleichlich viel schwerer gehabt. Und dabei haben ungezählte Menschen hart gearbeitet, Mut bewiesen, anderen geholfen, ihren Anstand gewahrt“. (4)

Mit der so genannten „friedlichen Revolution“ und der „Wiedervereinigung“, die auf eine Beseitigung der DDR als Staat hinauslief, änderte sich der Sprachgebrauch der Sieger gegenüber der DDR und ihren Bürgern. Innenminister Wolfgang Schäuble erließ im Oktober 1990 eine interne Richtlinie zur Abwicklung des Antifaschismus in der DDR. Justizminister Kinkel forderte von „unabhängigen“ Richtern die „Delegitimierung“ der DDR mit den Mitteln der Justiz zu forcieren. Die Pfarrer Gauck und Eppelmann begannen ihr unchristliches Wirken im Auftrag der Regierung. Die Totalitarismusforschung erhielt einen zentralen Platz bei der „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte. (5)

Der „Unrechtsstaat“ DDR , das Dritte Reich und das Nürnberger Urteil

Verfechter der Totalitarismus-Doktrin behaupten, die DDR und das Dritte Reich seien in entscheidenden Bereichen wesensgleich. Daraus wäre zu folgern, dass sie beide deutsche Staaten als „Unrechtsstaaten“ verurteilen. Das tun sie jedoch nicht. Amtlich wird für die Zeit von 1933-45 von Nationalsozialismus und Drittem Reich gesprochen.

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess wurde nicht Hitlerdeutschland angeklagt und verurteilt, sondern einzelne Personen, die als Hauptkriegsverbrecher galten. Von aktueller Bedeutung ist, dass sich unter den Angeklagten auch Industrielle wie Krupp und Flick befanden. Sie waren Träger der Nazidiktatur und Kriegstreiber - und Rüstungsgewinnler gewesen. In der DDR waren solche Personen enteignet worden. Es ist ausgeschlossen, die erlogenen Storys über angebliches DDR-„Unrecht“ zu erfassen,

zumal in Filmen, Literatur und Printmedien die Anti-DDR-Hetze offensichtlich stabsmäßig organisiert wird, insbesondere bei Erinnerungsdaten.

Erstaunlich ist, dass Leute, die von Berufs wegen Feindesliebe, Versöhnung und Gnade predigen müssten, Anführer von Kampagnen in Sachen DDR-„Unrecht“ sind.

Der Unrechtsstaat DDR und einige Bürgerrechtler

Einige Bürgerrechtler haben sich in ihre Rolle als Ankläger so verliebt, dass sie sich gern auch noch die Toga von Nürnberger Richtern übergestülpt hätten.

Zu den zehn Persönlichkeiten, die am 23. Januar 1992 zu einem „Tribunal“ nach dem Vorbild von Nürnberg auftraten, gehörten Wolfgang Ullmann, Joachim Gauck, Friedrich Schorlemmer und Wolfgang Thierse. (6)

Wolfgang Ullmann begründete die Forderung nach dem Tribunal mit einer verlogenen Gleichsetzung von Hitler mit den „Parteiführern“ der SED: *„So wie Hitler mit den Seinen eine Konterrevolution gegen die Friedensordnung von Versailles und Genf in die Wege geleitet hat, so haben die Parteiführer der SED ... von 1946 bis 1949 gegen die Demokratisierung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg konspiriert.“*

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung war also nach Ullmann den faschistischen Kriegsverbrechen gleichzusetzen.

Wolfgang Thierse hat noch im Wahlkampf 2010 gegen die Kandidatin der Linken, Luc Jochimsen, giftige Pfeile gegen die DDR abgeschossen.

In jüngster Zeit hat Friedrich Schorlemmer sich differenzierter über die DDR geäußert. Hier sein Urteil aus dem „Freien Wort“: *„Dieser sozialistische Staat war ein Mutterstaat, eine nährende und Geborgenheit stiftende Amme und zugleich strenger Vaterstaat. Hier existierte, durch Verfassung verbrieft, der Hort des Friedens, in dem die Lehrer aus der deutschen Geschichte gezogen worden sind, wo jeder ein Recht auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur Sport, Freizeit und Erholung, Recht auf Fürsorge im Alter und bei Invalidität hatte, wo auch Glaubens- und Gewissensfreiheit als gewährleistet galten. Wer die DDR noch 25 Jahren danach in toto zum Unrechtsstaat erklärt, der kann zu einer differenzierten Betrachtung dieses als sozialistischen Alternativsystems zum ‚bürgerlichen Westen‘ gedachten Gesellschaftsversuch nicht gelangen“.* (7) Führende Politiker, deren Bürger- und Menschenrechte zu DDR-Zeiten nicht angetastet worden sind, beteiligen sich heute an der Hetzkampagne.

Joachim Gauck, der als Pfarrer in Rostock mit Vertretern des MfS korrekt zusammengearbeitet hatte, erklärte: *„Die DDR war ein Unrechtsstaat, es gab keine unabhängige Gerichtsbarkeit, schon gar nicht ein Verfassungsgericht. Es existierte einfach nicht. Dafür existierte Willkür, die das Land beherrschte.“* (8)

Der Bundespräsident scheint also ernsthaft anzunehmen, die Gerichtsbarkeit und das Verfassungsgericht in der BRD seien unabhängig und die Gauck-Behörde sei ohne Willkür ausgekommen.

Was das Bundesverfassungsgericht betrifft, hat Gauck eine Tatsache übersehen. Es urteilte am 15. Mai 1995 in einem Verfahren gegen Aufklärer der DDR: *„Die Angehörigen der Geheimdienste der DDR hatten - wie die Geheimdienste aller Staaten der Welt - eine nach dem Recht ihres Staates erlaubte und sogar von ihm verlangte Tätigkeit ausgeübt.“* Deshalb erfolgte keine Verurteilung der Angeklagten, und bereits ausgesprochene Strafen in anderen Verfahren gegen ehemalige HVA- Mitarbeiter, auch diese waren Mitarbeiter des MfS, wurden aufgehoben.

Damit hob das unabhängige Bundesverfassungsgericht die Hatz auf MfS-Mitarbeiter in den Rang des Rechtsbruchs. Wenn das Bundesverfassungsgericht Einwände gegen die pauschale Ausgrenzung von MfS-Mitarbeitern erhob, muss es triftige Gründe geben, dass deutsche Politiker, nun auch Ramelow, die Hetzjagd fortsetzen.

Der „Unrechtsstaat“ DDR und seine Sicherheitsorgane

Bodo Ramelow gab zu Protokoll: *„Das Ministerium für Staatssicherheit als Schild und Schwert der SED ist ein Wesenskern des Unrechtsstaates. Belastung, Anklage, Vollzug, Zersetzung - das alles lag in der Hand einer Behörde. Ohne dass jemand auch nur einen Hauch einer Chance gehabt hätte, sich dagegen zu wehren.“* (9) Wenn die Existenz von Sicherheitsorganen der Wesenskern eines „Unrechtsstaates“ ist, welcher Staat existiert ohne Sicherheitsorgane, ist also kein „Unrechtsstaat“? Wie groß ist die Chance sich zu wehren, gibt es sie für die Häftlinge der USA in Guantanamo?

Richard von Weizsäcker, der als Offizier der faschistischen Wehrmacht an der Blockade Leningrads beteiligt gewesen ist, gehört offensichtlich zu den Weißwäschern der Verbrechen der Wehrmacht: *„Verbrechen der Wehrmacht hat es gegeben. Etwas ganz anderes und Falsches wäre es, von der verbrecherischen Wehrmacht zu reden.“* (10) Nach den Regeln der Logik könnte dann ein logischer Schluss lauten: Verbrechen des MfS/der DDR hat es gegeben, aber es wäre falsch, deshalb von der verbrecherischen DDR/des MfS zu reden. Worin irgendwelche Verbrechen der DDR bestanden haben könnten, ist allerdings schwer auszumachen. Vielleicht darin, den Frieden in Europa garantiert zu haben? Oder darin, dass es Arbeit für alle gab, dass das bürgerliche Bildungsmonopol gebrochen wurde, dass die DDR internationale Solidarität übte, dass Kultur, Wissenschaft und Medien im Vergleich zur damaligen und erst recht zur heutigen BRD beispielhaft waren?

Wenn das Bundesverfassungsgericht die Ausgrenzung von MfS- Mitarbeitern rügte, muss es triftige Gründe geben, wenn deutsche Politiker, nun auch Bodo Ramelow, weiter die Stasi-Keule schwingen.

Bodo Ramelow ging in seinen Urteilen über das MfS über jedes Maß hinaus. So behauptete er: *„Die Grundstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit war wie die Gestapo angelegt.“* Und schließlich der einprägsame Satz: *„Auf gut deutsch: Jedes kleine oder größere Arschloch im DDR-Apparat konnte ins Leben der anderen eingreifen. Das war entsetzlich.“*

Der Parteivorstand der Linken hat diese Entgleisung nicht zurückgewiesen. Er beschloss am 29. November 2014, die DDR habe *„ihren Bürgern das Recht abgesprochen, für ihre persönliche Entwicklung selbstbewusst Entscheidungen zu treffen.“* Wo hat das die „DDR“ je festgelegt? Hat Gysi seine Entscheidungen stets als „Befehlsempfänger“ getroffen?

Sind denn Aussagen von Politikern, die sachlich bleiben und der Wahrheit nahe kommen, völlig verschwunden?

Der „Unrechtsstaat“ DDR im Urteil wahrheitssuchender Politiker.

Es gibt namhafte Politiker, die die staatlich verordnete Hetzkampagne gegen die DDR- Geschichte nicht mitmachten, auch wenn das wahrscheinlich der „Konterrevolution auf Filzlatzchen“ also der Verschleierung der tatsächlichen Absichten des BRD-Imperialismus dienen sollte. Roman Herzog erklärte in seiner Gedenkrede vor dem Bundestag am 17. Juni 1988: *„Natürlich ist die DDR heute kein stalinistischer Staat mehr, natürlich gibt es heute dort die oft zitierte Identifikation mit dem Staat - wenn auch nicht mit dem System - und das kann ja, wenn man vernünftig denkt, auch gar nicht anders sein. Die Deutschen in der DDR betrachten diesen Staat, seinen bescheidenen Wohlstand und seine Rolle in der Welt als ihre eigene Leistung, auf die sie mit Recht stolz sein können, schon deshalb, weil ihr politisches System den Aufstieg anders als das unsere nicht gefördert, sondern ständig behindert hat: Sie hatten es also schwerer als wir, und entsprechend größer ist auch ihre Genugtuung über das, was sie geschaffen und geleistet haben.“* (11)

Willy Brandt fand in seiner Rede am 10. November 1983 vor dem Schöneberger Rathaus warme Worte, die in der offiziellen Politik kaum Beachtung fanden: *„Mich hat das Bild angerührt von dem Polizisten auf unserer Seite, der rübergeht zu seinen Kollegen drüben und sagt: `Jetzt haben wir uns so viele Wochen, vielleicht Monate auf Abstand gesehen, ich möchte Ihnen einmal die Hand geben.` Das ist die richtige Art, sich dem jetzt Anstehenden zu nähern: einander die Hand zu reichen, nachtragend nur dort zu sein, wo es sein muss. Und wo immer es geht, Trennendes zu überwinden. Noch einmal: Nichts wird wieder so, wie es einmal war. Dazu gehört, dass*

auch wir im Westen an nicht mehr oder weniger schöne Parolen von gestern gemessen werden, sondern an dem, was wir heute und morgen zu tun , zu leisten bereit und in der Lage sind, geistig, materiell. Ich hoffe auch, die Kassen geben noch was her. Und ich hoffe, die Terminkalender lassen Raum für das, was jetzt sein muss. Die Bereitschaft nicht zum erhobenen Zeigefinger, sondern zur Solidarität, zum Ausgleich, zum neuen Beginn, wird auf die Probe gestellt. Es gilt jetzt, neu zusammenzurücken. Den Kopf klar zu behalten, und so gut wie möglich das zu tun, was unseren deutschen Interessen ebenso entspricht wie unsere Pflicht gegenüber Europa.“(12)

Lassen wir noch einmal Richard von Weizsäcker zu Wort kommen, der Weihnachten 1989 die Deutschen mahnte: *„Wir haben allen Grund, den Deutschen in der DDR mit wahrer Achtung zu begegnen. Dazu gehört es, ihnen nicht ungebeten dreinzureden, sondern ihre Sorgen ernst zu nehmen und ihnen den Raum und die Zeit zu lassen, die sie brauchen, um ihren Weg zu erkennen. Nach jahrzehntelangem erzwungenem Schweigen muss sich der freie Wille des Volkes selbst finden, das ist schwer genug. Der Zorn über die frühere Zeit drüben ist nur allzu verständlich. Der Rechtsstaat muss sich durchsetzen. Aber wichtiger als die Akten der Vergangenheit ist das Vertrauen zur Zukunft.“(13)* *„Mäßigung gegenüber dem Besiegten ist notwendig, jedoch nicht um des Besiegten willen, sondern weil Maßlosigkeit zur Verblendung und damit ins eigene Unheil führt.“(14)*

Es darf behauptet in Übereinstimmung mit Herzog und Brandt werden: Wer die DDR verteufelt, beschimpft die Lebensleistung von Millionen Menschen.

Angesichts der Kluft in den Urteilen über die DDR zwischen den Gauck, Biermann und Ramelow einerseits, Herzog, von Weizsäcker und Brandt andererseits, ist guter Rat teuer. Egon Krenz, letzter Staatsratsvorsitzender der DDR, bietet einen an: *„Vielleicht versuchen wir es mal mit der Wahrheit? Nämlich: Wir reden die Bundesrepublik einfach nicht mehr schöner, als sie ist, und wir machen die DDR nicht schlechter als sie tatsächlich war. Siebzehn Millionen Menschen lebten hier, und wenn man die Weggezogenen hinzunimmt, waren es Summa sogar noch mehr. Jede Einzelne, und jeder Einzelne hat seine persönliche Sicht auf die DDR. Jedes Schicksal ist einmalig und individuell. Jeder hat seine eigene Geschichte. Und die Geschichte der DDR-Bürger ist vielseitiger und komplexer, als wir sie in den bürgerlichen Medien, von Politikern, von offiziell bestellten und bezahlten Historikern, in Büchern und Filmen derzeit serviert bekommen.“ (15)*

Würde der Rat von Egon Krenz befolgt, würde der Begriff „Unrechtsstaat“ als Totschlagsargument aus dem Streit verschwinden. Jeder würde vor seiner eigenen Tür kehren. Außerdem würde der Tatsache Rechnung getragen, dass die Übereinstimmung mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung getragen würde. Vertreter der Linksfraktion fragten im Bundestag nach der Definition des Begriffs „Unrechts-

staat“. Die Antwort lautete: „Eine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffes „Unrechtsstaat“ gibt es weder in der Rechtswissenschaft noch in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften. Gleichwohl wird in politischen Diskussionen oft das Gegensatzpaar ‚Rechtsstaat-Unrechtsstaat‘ verwendet. Dabei geht es zumeist darum, die politische Ordnung eines Staates, der als Unrechtsstaat gebrandmarkt wird, von einem rechtstaatlich strukturiertem System abzugrenzen und moralisch zu diskreditieren.“

Der „Unrechtsstaat“ DDR und seine Repräsentanten und Aktivisten

Ramelow wie Gauck etikettieren die DDR als „Unrechtsstaat“. Das ist ein Begriff, der keine Gefühle hat. Aber die DDR hatte Repräsentanten, Aktivisten, loyale Staatsbürger, ohne deren tägliche Arbeit die DDR nicht hätte existieren können. Welcher DDR-Bürger betrachtete Wilhelm Pieck als Präsidenten eines „Unrechtsstaates“? Wen hat Richard von Weizsäcker empfangen, einen Kriminellen? Gysi Vater stand in der Hierarchie der Prominenten weit oben, vertrat die DDR als Botschafter sogar beim Vatikan.

Ich weiß, wie wütend Altersgenossen auf Ramelows Vorgehen reagieren (bei Gauck sind Rüpeleien nichts Außergewöhnliches). In Ramelows Generation galt als Regel: Mein Opa war (als Hitlersoldat) kein Verbrecher. Aber DDR-Bürger waren das?

Der „Unrechtsstaat“ DDR in den programmatischen Aussagen der PDS/Linkspartei

Der Streit um die Bewertung der DDR begleitet die PDS/Linkspartei von Anfang an. Zwar war die PDS angetreten, um die DDR zu retten und zu reformieren, aber schon bei der Gründung verbarg sich hinter der Forderung nach der Überwindung des Stalinsismus der Generalangriff auf den Sozialismus als Gesellschaftsordnung. Gregor Gysi unterschied zwischen dogmatischen und undogmatischen Linken. (16)

Wen er und die Seinen mit einem harten (eisernen?) Besen 1990 aus der PDS fegten, muss hier nicht wiederholt werden. In den folgenden Jahren tauchte die Frage nach der Stellung der PDS zur DDR und über die Ursachen ihres Untergangs bei jeder Programmdiskussion auf. (17)

Als Tendenz stellt sich heraus, dass Linkspolitiker wie Katja Kipping und Gregor Gysi sich immer mehr den Sprachregelungen von Totalitarismus“theoretikern“ unterwerfen, während große Teile der Mitglieder die pauschale Verteufelung der DDR ablehnen. Mit der Zustimmung von Linken zum Kainsmal „Unrechtsstaat DDR“ haben sich Linke in einen Schraubstock einspannen lassen, an dem der Gegner beliebig drehen kann. Der Streit bietet bürgerlichen Politikern die Möglichkeit, die Linke auseinander zu dividieren.

Wenn in der Politik für den Begriff Staat und Politiker Synonyme verwendet werden wie „jüdisch-bolschewistische Gewaltherrschaft“, „Schurkenstaat“, „Drachenbrut“..., geht es nicht nur um Worte, sondern um politische Strategien. Das ist auch so, wenn der DDR das Etikett „Unrechtsstaat“ aufgeklebt wird. Eine auffällige Besonderheit ist, in diesem Falle, dass der gescholtene Staat seit 25 Jahren nicht mehr existiert und dass die Flüche und Racheschreie in dem Maße lauter werden, wie das Sterbedatum der DDR sich entfernt.

Der „Unrechtsstaat“ DDR und der Streit der Linken um die Erinnerungspolitik

Die PDS/Die Linke hat ihre historischen Wurzeln in der SED. Selbst die Spitze der „Reformer“ Ende 1989, die die „Stalinisten“ mit einem (eisernen?) Besen aus der Partei fegten, waren SED-Mitglieder und „Funktionsträger“ in der DDR gewesen, Gregor Gysi, Wolfgang Berghofer, Lothar Bisky und andere. Über Jahre waren nach 1990 diejenigen Mitglieder, Beitragszahler und Aktivisten in der Basisarbeit der PDS, die bewusste und aktive DDR-Bürger gewesen waren, während in der Führung der PDS, insbesondere in der Bundestagsfraktion, die Kräfte immer stärker wurden, die sich von der DDR und ihrer Vergangenheit immer mehr distanzieren, schließlich auf der ideologischen Front zum Gegner überliefen, ja sogar öffentlich „Fans“ von führenden Antikommunisten wurden. Damit entstanden Spaltungstendenzen, Fraktionskämpfe, Diffamierungskampagnen unter dem Deckmantel des Pluralismus, die die Partei zersetzten, auf die Tagesordnung. Aus August Bebels Todfeindschaft gegen den Imperialismus wurde die Anbiederung und Unterwerfung unter die Herrschenden von heute.

Scheinbar geht es beim Bild über die DDR um die Vergangenheit und Schuldige an der Niederlage 1989, in Wirklichkeit geht es um die Zukunft und die Perspektive einer Welt ohne Ausbeutung und Krieg. Ramelow darf jetzt beteuern, dass der Papst revolutionärer sei als er.

Horst Schneider, 15.12.2014

Quellenbelege:

- 1.-- Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte: Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1992 S. 688
- 2.-- Ebenda S.76 f.
- 3.-- W.Spröte/ H. Wünsche: Die UNO und ihre Spezialorganisationen, Berlin 1975
- 4.-- im Text Bulletin der Bundesregierung 23/1992 S.231
- 5.-- Horst Schneider: Hysterische Historiker. Eine Streitschrift wider bestimmte Totalitarismusforscher, DDRologen und Renegaten, Berlin 2008

- 6.-- Uwe – Jens Heuer/ Gerhard Riege: Der Rechtsstaat – eine Legende? Baden - Baden 1992 S.225 f.
- 7.-- Freies Wort 16. Oktober 2014
- 8.-- Redemanuskript S.4
- 9.-- Der SPIEGEL 47/2014 S.28
- 10.-- Richard von Weizsäcker, Sächsische Zeitung 25. November 1997
- 11.-- Bulletin: Bundesregierung 84/1988 vom 11. Juni 1988 S.784
- 12.-- Kai Brodersen (Hrg.): Große Reden, Darmstadt 2002 S.191 f.
- 13.-- Weihnachtsansprache 24. Dezember 1989
- 14.-- Vortrag in Zürich am 17. Januar 1990
- 15.- Egon Krenz: Gefängnis - Notizen, Berlin 2000 S.230
- 16.-- Gregor Gysi: Was nun? Über Deutschlands Zustand und meine eigene, Hamburg 2003, S. 178
- 17.-- ein Überblick bei Eckard Lieberam: Thüringer Kniefall,junge Welt 5. Dezember 2014

Ziegenhals

Vorstand des Freundeskreises "Ernst-Thälmann-Gedenkstätte" e. V.: Neues zum Ringen um Ziegenhals

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

zuerst wünschen wir Euch allen ein gutes, kämpferisches 2015 und hoffen, dass wir in unserem gemeinsamen Ringen gegen Faschismus und Krieg, gegen Ausbeutung und Unterdrückung Erfolge erzielen können.

Der Höhepunkt des vergangenen Jahres war für uns selbstverständlich der **23. August 2014** als wir, unterstützt durch fast 40 Parteien und Organisationen aus dem In- und Ausland, den **70. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns** begingen. Die Konferenz am Vormittag zum Thema "Kampf um antifaschistische Einheit! - Spaltung durch Extremismus- und Gleichsetzungstheorien – gestern & heute", die Demonstration zum Ernst-Thälmann-Park unter dem Motto "Im Gedenken an die Kämpfenden gegen Faschismus und Krieg" und die dortige Abschlusskundgebung waren der Rahmen für diese Würdigung, die zentral in Berlin stattfand und an der mehrere Hundert Menschen teilgenommen haben. Unser Dank gilt allen, die mitgewirkt haben, dass dieser Tag ein Erfolg wurde.

2015 steht bei uns im Zeichen der Ausstellung der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte.

Bevor wir jedoch einen Ausblick geben wollen, was für uns im Jahr 2015 ansteht, zuerst **eine schlechte Nachricht**: Das Grundstück in Ziegenhals (Seestr. 27, Niederlehme/Königs Wusterhausen) auf dem sich die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte befand wird seit dem Sommer/Herbst bebaut! Wir werden am 8. Februar 2015 ausführlich berichten, zunächst dazu: Vorangegangen war der Verkauf des Grundstücks von Gerd Gröger an eine Immobilienfirma und der Weiterverkauf an die jetzige, die im Sommer erste Baumaßnahmen einleitete. Lange hatte es sich hingezogen, bis **Gerd Gröger**, der **Ministerialbeamte a. D. aus Brandenburgs Bauministerium**, das Grundstück verkaufte, das er unter dubiosen Umständen zu einem Spottpreis erwarb. Das hatte bekanntlich mit der Tatsache zu tun, dass die Auktion bei dem **Auktionshaus Karhausen** durchgeführt wurde, also bei dem Auktionshaus, bei dem derselbe Gerd Gröger zuerst **Aufsichtsratsvorsitzender** und **Geschäftsführer** der dazu gehörenden GmbH wurde und seit August 2013 sogar einer der beiden **Vorsitzenden** geworden ist. Alles kein Zufall, genauso wenig wie der Abriss, der ohne die Änderungen des Landesdenkmalschutzgesetzes, an denen Gröger selbst mitwirkte, unmöglich gewesen wäre. Hatten wir bereits mittels Rechtsanwälten versucht, ein Teilgrundstück von Gerd Gröger zu erwerben, versuchten wir, als der Verkauf des Gesamtgrundstücks noch im Gange war, mit den neuen Eigentümern zu einer Lösung zu kommen. Leider scheiterten diese unsere Bemühungen an den völlig überzogenen Vorstellungen von Gerd Gröger und Co. Das ist bis heute so geblieben: Die Doppelhäuser die jetzt dort angeboten werden (siehe bei GoldSchwarz Immobilien) sollen pro Haushälfte zwischen 330.000,- bis 540.000,- EUR kosten. Die "rote Millionärin" bzw. den "roten Millionär" konnten wir bislang nicht ausfindig machen - wohl aber haben wir unsere Fühler ausgestreckt und suchen weiterhin nach finanzieller Hilfe, vor allem außerhalb der BRD.

Kernpunkt unserer Arbeit bleibt jedoch der politische Kampf!

Diesen haben wir nicht von Sieg oder Niederlage abhängig gemacht, sondern von der Notwendigkeit Widerstand zu leisten und der Verantwortung von uns allen, an die zu erinnern, die keine Sekunde zögerten und bereit waren alles zu riskieren, um den braunen Banden entgegenzutreten und den Hitlerfaschismus zu stürzen.

Seit 24 Jahren organisiert unser Freundeskreis daher die Kundgebungen und Veranstaltungen in Ziegenhals. Seit vier Jahren versammeln sich nach wie vor Hunderte in Ziegenhals, obwohl 2010 die Gedenkstätte durch Gerd Gröger abgerissen wurde. Seit 2013 können wir unsere Ehrungen an dem für die illegale ZK-Tagung der KPD errichteten Gedenkstein durchführen. Dabei bleibt Ziegenhals nicht allein Ort des Gedenkens an unser antifaschistisches Erbe, sondern auch Kristallisationspunkt. Wie

Strahlen im einem Brennglas fokussieren sich im Brennpunkt Ziegenhals die Einverleibung der DDR durch die BRD; die Verschleuderung des Volkseigentums der DDR an Immobilienhaie und sonstige Räuber vor allem durch Treuhand/TLG; dem Westimport von Beamten wie z. B. eines Gerd Gröger aus Bayern; die lange Jahre juristisch und politisch vorbereitete Zerstörung der letzten Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Brandenburg und dem Gebiet der DDR; dem Korruptions- und Bestechungssumpf im Immobilienparadies Brandenburg sowie die Verantwortungslosigkeit und Passivität der politisch Verantwortlichen von Stadt bis Landesregierung. Ziegenhals steht aber auch für unseren **Widerstand** mit langem Atem, auf der Grundlage **antifaschistischer Aktionseinheit!** Deshalb: **Wir kämpfen weiter für die Wiedererrichtung der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals.** Nicht um damit beharrlich immer wieder die gleiche Parole zu wiederholen, sondern weil wir der Ansicht sind, dass nur diese Forderung die angemessene Antwort auf die Zerstörung der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte sein kann. Ohne unseren Widerstand hätte Gröger vor Jahren bereits das große Geld machen können und Ziegenhals hätte sich eingereicht in die vergessenen, zerstörten Gedenkstätten und -orte. Das konnten wir immerhin gemeinsam verhindern! Lasst uns weiter darum Ringen, allen denen die Suppe zu versalzen, die auf den Trümmern einer antifaschistischen Gedenkstätte Geld machen wollen, die die Bedeutung von Ziegenhals kleinreden wollen und die unseren Kampf bereits Anfang der 90er Jahre totgesagt haben.

Daher auch am 8. Februar 2015 oder gerade jetzt wieder: Auf nach Ziegenhals - zu unserem antifaschistischen Kampf- und Gedenkort!

In Berlin-Neukölln schliessen wir bald unsere Arbeit an der **Ausstellung der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte** ab. Das bedeutet, dass wir in diesem Jahr die Original-Ausstellung der Ziegenhalsener Gedenkstätte, mit zahlreichen Exponaten und Ausstellungsstücken zeigen können. Die Ausstellung in der Jonasstraße in Berlin-Neukölln wird damit auch ein Anlaufpunkt unserer Arbeit werden, wo wir Veranstaltungen und Treffen durchführen können. Wann wir die Ausstellung endlich eröffnen können werdet ihr bald erfahren. Wir freuen uns sehr über diesen Schritt, vor allem darüber, dass diese Ausstellung, um die wir so lange kämpfen mussten, der Öffentlichkeit gezeigt werden kann und damit Ziegenhals, neben dem authentischen Gedenkort mit Gedenkstein, ein zweites Standbein erhält.

Am **Sonntag, den 8. Februar 2015** wird in Niederlehme-Ziegenhals, wie immer ab **11:30 Uhr**, unsere nächste Kundgebung stattfinden. Wir werden dort über den Stand unseres Kampfes berichten, einerseits was die Immobilie betrifft, andererseits was aus der Spendenquittung geworden ist, die Gerd Gröger von der Stadt Königs Wusterhausen für das Gedenkstätten-Inventar einklagte.

Angefragt sind als Redner Anton Latzo (Vorsitzender der Geschichtskommission der Deutschen Kommunistischen Partei, DKP) und Richard Corell (Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung, KAZ), die beide zu aktuellen Fragen Stellung beziehen werden.

... (Es folgen Hinweise auf Veranstaltungen, die vor Erscheinen dieser Ausgabe der offen-siv lagen. Wir haben sie deshalb weggelassen. Red. offen-siv).

Wir sehen uns in Aktion - mit den besten solidarischen Grüßen,

Vorstand des Freundeskreises "Ernst-Thälmann-Gedenkstätte" e. V., Ziegenhals

Nochmals zu Ingo Wagner

Günther Schulze: Prof. Ingo Wagner, was will er eigentlich?

Was hat das Proletariat von seinen theoretischen Ergüssen? Gibt es einen Nutzen für den täglichen politischen Kampf? Aus meiner Sicht muss ich dies bezweifeln.

Auf die Antwort von Frank Flegel auf den Artikel in Heft 3-2014 geht er ja abschlägig ein. Auf die Kritik von Fritz Dittmar in offen-siv 5-2014 ist es für ihn nicht notwendig zu antworten. Ist Dittmar ein Fanatiker, mit dem man nicht spricht? Auffallend sind bei Ingo Wagner immer wieder Forderungen, ohne Ansatz einer Lösung, nebulös. So auch in offen-siv 10-2014, Seite 75. Hier schreibt er: „*Die Wiederaufrichtung eines sozialistischen subjektiven Faktors heute verlangt in meiner Sicht die Geburt einer kommunistischen Partei neuen Typs als Kompaß für die Zukunft.*“ Spätestens hier stelle ich mir die Frage: lebt der Prof. Wagner in einem luftleeren Raum? Seit 25 Jahren gibt es die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Sie steht auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und setzt das Erbe von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck uva. fort. Die KPD hat ein Programm und gibt monatlich das Zentralorgan „Die Rote Fahne“ heraus.

Liest Herr Wagner diese Zeitung? Nein. Hat er das Programm studiert? Wahrscheinlich nicht. Mir sind von ihm keine positiven oder negativen Bemerkungen dazu bekannt. Bei früheren Begegnungen wurde immer ein künstlicher Abstand gewahrt. Offensichtlich stört, dass die KPD dem Gen. Stalin den ihm gebührenden Respekt erweist. Wäre nach seinem gewaltsamen Tod ein Gleichartiger an die Macht gekommen, so gäbe es noch das sozialistische Weltssystem. Aber wenn man die Antistalin-

keule schwingt, hat man den Beifall des Klassenfeindes und von so genannten rechten Linken sicher.

Dass die KPD noch keine Massenbasis hat, hat objektive und subjektive Gründe. Neben der massiven Hetze und Unterdrückung durch den Klassenfeind tragen auch die so genannten linken „Theoretiker“ eine Hauptschuld.

Was Stalin betrifft, gibt es genügend beweiskräftige Literatur – auch bei offen-siv, man muss es nur lesen wollen. Da ich jetzt wahrscheinlich auch zu den „Fanatikern“ gerechnet werde, erwarte ich keine vernünftige Antwort von Prof. Wagner. Wenn ich aber zusammen mit anderen erreicht habe, den „Theoretiker“ Wagner ins rechte Licht zu rücken, haben wir viel erreicht.

Günther Schulze, 16.12.2014

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt